

Die neue Wanderausstellung der VVN-BdA

# »Der Arm der Bewegung«

Dieses Mal muss es noch etwas schneller gehen als bei all unseren Ausstellungen, die wir unter dem Titel »Neofaschismus in Deutschland« produziert haben. Der normale Vorlauf beträgt ein Jahr und beinhaltet Konzeptentwicklung, Recherchen, Layout, Produktion, Online-Darstellung und Begleitmaterialien. Die sehr schnelle Entwicklung der AfD macht dieses Vorgehen unmöglich und erhöht zugleich die Dringlichkeit. So kam es, dass die Bundeskommission Neofaschismus für die Entwicklung der neuen Wanderausstellung »Der Arm der Bewegung – Die »Alternative für Deutschland« nur wenige Monate zur Verfügung hatte.

Zum ersten Mal wird sie bei der Festveranstaltung zum 70. Geburtstag der VVN-BdA in Frankfurt/Main gezeigt und geht dann sogleich in voraussichtlich zehn Exemplaren an unsere Landesvereinigungen zum sofortigen Einsatz bis zur Bundestagswahl im September.

*Niemand soll sagen können, er hätte nicht gewusst, in welchem Beziehungsgeflecht sich die AfD bewegt und worin ihre konkreten politischen Ziele bestehen.*

Der Grundgedanke der Ausstellung besteht darin, die AfD nicht als isoliertes Phänomen, sondern in ihrem Beziehungsgeflecht darzustellen und zu kritisieren. Originell ist schließlich nichts an ihr. Im Gegenteil ist sie zugleich Produkt und Motor einer breiten völkisch-nationalistischen Bewegung, die sich wiederum in Form von Straßenmobilisierungen, Zeitschriften, Online-Medien usw. zeigt. Die gegenwärtige Parteiführung unter Frauke Petry profitiert zwar z. B. von Pegida, will aber gleichzeitig mit den Dresdener Galgenschwingern nicht völlig in eins gesetzt werden. Ganz anders der aufstrebende Flügel um Björn Höcke, der die AfD explizit als »Bewegungspartei« weiter entwickeln möchte. Hierin besteht die wesentliche innere Spannung der Partei, die wir nach Kräften befördern möchten. Außerdem soll niemand sagen können, er hätte nicht gewusst, in welchem Beziehungsgeflecht sich die AfD bewegt und worin ihre konkreten politischen Ziele bestehen.

Aus unserem normalen Etat ist dieses große Projekt nicht zu finanzieren, weshalb wir um Spenden bitten (siehe Spendeneinleger in dieser Zeitschrift). Begleitend dazu haben wir auch eine Crowd-Funding-Kampagne begonnen. ([www.betterplace.org/de/projects/51887-eine-wanderausstellung-gegen-die-alternative-fur-deutschland-unterstuetzen](http://www.betterplace.org/de/projects/51887-eine-wanderausstellung-gegen-die-alternative-fur-deutschland-unterstuetzen)).

Bitte kümmert euch bereits jetzt um Ausstellungenstermine.

**Thomas Willms**

#### Technische Daten:

»Der Arm der Bewegung«

11 Roll-Ups im Format 85 cm x 200 cm

Gesamtgewicht: 22 kg

2 Reisetaschen



#### Inhaltsverzeichnis:

1. Titelbild
2. Was ist die »Alternative für Deutschland«?
3. Vorbilder von gestern
4. Rechts entstanden, nach rechts radikalisiert
5. Meinung wird gemacht
6. Demokratie nur, wenn es passt
7. Rassismus neu verpackt
8. Frauenbild von anno dazumal
9. AfD muss man sich leisten können
10. Deutschland, die verfolgende Unschuld
11. Grenzenlose Solidarität statt Volksgemeinschaft

#### INHALT

Lettland: Auf nach Riga	2
Schüler üben für Demokratie	3
Nur ein Bad Aiblinger Problem?	4
Diffamierungs-Fragebogen	5
Ostermarsch 2017	6
Gerechtigkeit für die Letzten	7
70 Jahre VVN Hamburg	8
Hessen: Holocaust Gedenktag	10
Letzte Zeitzeugen berichten	12
Würdige Erinnerung in Wolfsburg	12
Herausforderung Rechtspopulismus	13
NRW: Landesdelegiertenkonferenz	14
Mahnwache vor der ehemaligen Villa Springorum	15

#### VVN-BdA Bundesvereinigung

Postanschrift: Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin

Telefon und Fax: VVN-BdA Bundesvereinigung  
Telefon: 030-55579083-2, Fax: 030-55579083-9

Weitere Anschlüsse, Telefon:

- Zeitschrift »antifa«: 030-55579083-5

- Fédération Internationale des Résistants - Association Antifasciste (FIR): 030-55579083-4

- Berliner VVN-BdA, Telefon: 030-55579083-0

Fax: 030-55579083-8

Für Besucher: U-Bahn-Haltestelle »Magdalenenstraße«, das Büro ist in der Magdalenenstraße auf der linken Seite, Eingang über den Hof.

#### Ausstellung: »Neofaschismus in Deutschland«

19 Tafeln, Din A1: Verleihbedingungen,



#### Schulungen und Termine:

17.02.2017 - 7.04.2017  
im Weiterbildungszentrum Ingelheim

[www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de](http://www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de)

An: Bundesregierung

# Aufrüstung stoppen! Rüstungsausgaben senken!

Wir fordern von der Bundesregierung

- Keine Erhöhung der Militärausgaben für die Bundeswehr, sondern deren Abrüstung
- Umwidmung der Ausgaben aus dem Militärhaushalt für den Ausbau und die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur
- keine Militarisierung der Europäischen Union

## Warum ist das wichtig?

Der Beschluss der NATO-Staaten, der 2014 unter Mitwirkung der derzeitigen Bundesregierung bekräftigt wurde, ihre Rüstungsausgaben auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, erfährt durch die neue US-Regierung neuen Schub. Eine Umsetzung dieser Maßgabe würde den deutschen Militärhaushalt auf etwa 80 Mrd. Euro verdoppeln. Zugleich verfällt

in Deutschland die öffentliche Infrastruktur wie Schulen, Bahnstrecken und Straßen, Sportstätten und Bildungseinrichtungen, weil die sogenannte Schuldenbremse wirkt – außer bei Militärausgaben.

Auch andere europäische Staaten zeigen sich offen für die massive Steigerung ihrer Militärausgaben. Dies wird auch dadurch deutlich, dass die EU-Staaten, die weitgehend mit den NATO-Staaten deckungsgleich sind, ebenfalls die



Anhebung der Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für einen Ausbau der EU-Militarisierung fordern.

Wir lehnen diese massive Erhöhung der Rüstungsausgaben ab und setzen uns dafür ein, dass dieses Geld für den Ausbau der sozialen und ökologischen Infrastruktur eingesetzt wird.

## Erstunterzeichnende:

Laura von Wimmersperg (Friedenskoordination Berlin), Wolfgang Gehrcke (MdB, Die Linke), Alexander Neu (MdB, Die Linke), Lühr Henken (Bundesausschuss Friedensratschlag), Heike Hänzel (MdB, Die Linke), Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisation), Annette Groth (MdB, Die Linke), Uwe Hixsch (NaturFreunde Deutschlands), Inge Höger (MdB, Die Linke)  
Petition kann unterzeichnet werden unter: [weact.campact.de/petitions/aufruestung-stoppen-ruestungsausgaben-senken](http://weact.campact.de/petitions/aufruestung-stoppen-ruestungsausgaben-senken)



## Keine Ehrung der lettischen Waffen-SS

# Internationale Protestkundgebungen

Am 16. März wird es in der lettischen Hauptstadt Riga – wie in jedem Jahr seit 1991 – zu einem Gottesdienst, einem Ehrenmarsch und einer fahngesäumten Kundgebung am Freiheitsdenkmal zu Ehren der lettischen Einheiten der Waffen-SS kommen.

lettischen Polizei und SS-Verbände und für die jüdische, russischsprachige und andere Minderheiten im Land ist, wird in Lettland überwiegend nicht verstanden. Es ist die hohe Akzeptanz im ganzen Land weit über den Kreis von

Neonazis hinaus, die wirklich Anlass zur Sorge gibt. Die ungesunde Mischung aus historischer Unkenntnis, Nicht-Wissen-Wollen, Opferstolz, Angst, Unterwerfungswillen und Überheblichkeit kann aus der kleinen lettischen Gesellschaft heraus offenbar nicht aufgebrochen werden. Zusammen mit der erheblichen Repression gegen jegliche Opposition (Telefonüberwachung, Reisebeschränkungen, Behördenschikanen, Polizeiwillkür, staatliche Einflussnahme auf Hotels

und Veranstaltungsunternehmen) ist es deshalb notwendig, von außen Druck auszuüben. Dies geschieht schon seit längerem aus Großbritannien ([defendinghistory.com](http://defendinghistory.com)), durch Teilnahme einzelner Repräsentanten aus verschiedenen Ländern an Protesten in Riga und seit drei Jahren durch eine kleine Gruppe deutscher Antifaschistinnen und Antifaschisten, die ebenfalls dorthin fährt. Wir rufen dazu auf, auch in diesem Jahr an der antifaschistischen Kundgebung in Riga am 16. März teilzunehmen.

In diesem Jahr ergreift die VVN-BdA zusammen mit der FIR eine weitere Initiative, um den internationalen Protest zu verstärken und zu systematisieren. Vor den lettischen Botschaften in Rom, Brüssel, Budapest, Athen wird es im Vorfeld des 16. März Mahnwachen geben, organisiert von unseren Partnerverbänden ANPI, MEASZ

und PEAEA. In Berlin tut die VVN-BdA das gleiche und knüpft an den Protest vom letzten Jahr an. Darüber hinaus aber werden unsere Landesvereinigungen erstmalig auch lettische Honorarkonsulate angehen. Darunter muss man sich Rechtsanwaltskanzleien oder Kaufleute vorstellen, die im Auftrag des lettischen Staates gewisse hoheitliche lettische Aufgaben für einzelne Bundesländer übernehmen und die es gar nicht schön finden werden, wenn sie auf einmal mit kritischen Fragen konfrontiert werden.

Am 15. März wird es deshalb Mahnwachen vor den Honorarkonsulaten in Bremen, Hamburg, Frankfurt, Düsseldorf und München geben. Details erfragt bitte bei unseren Landesvereinigungen.

Informationen zur Anreise nach Riga erhaltet ihr über: [bundesbuero@vvn-bda.de](mailto:bundesbuero@vvn-bda.de) oder 030-5557-9083-2.

Thomas Willms

Projektwoche an der TRIAS Oberschule Elsterberg im Vogtland

# Schüler üben für Demokratie und Toleranz

»Schule ohne Gewalt und Rassismus« – was bedeutet das und wie können wir diese Aussage für Schüler greifbar machen? Eine Projektwoche Ende Januar 2017 hatte viele verschiedene altersgerechte Angebote zum Bearbeiten dieses Themas, damit für die Schüler eine eigene bejahende Sichtweise entstehen konnte.

Zwei Ausstellungen im Schulhaus gehörten dazu. Die Ausstellung »20 Jahre PEGASUS – Schulen adoptieren Denkmale« gibt viele Einblicke, wie Schüler sich mit Denkmälern und Geschichte auseinandersetzen. Über das Bundesprogramm »Demokratie leben!« erhielten wir die Ausstellung »Jüdisches Leben in Deutschland heute«.

Am ersten Projekttag beschäftigten sich die 5. und 6. Klassen mit Kriegedenkmälern im Allgemeinen und im Besonderen mit dem Denkmal in Elsterberg. Danach entwarfen die Schüler eigene Denkmale. Die Klassen 7 und 8 sahen den Film »Rechte Freunde« und werteten ihn aus.

In Klasse 9 und 10 besuchten uns zwei Zeitzeugen. Die Schüler hörten sehr emotionale Erlebnisse aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Friedrich Reißig aus Plauen berichtete, wie er den Bombenkrieg in Plauen erlebte. Vom VVN-BdA Vogtland kam Peter Giersich aus Auerbach. Er berichtete

über Justin Sonder, der 16 Mal in Auschwitz auf der Todesrampe zur »Selektion« stand und das Vernichtungslager überlebte. Im Frühjahr wird er als Ehrenbürger seiner Heimatstadt Chemnitz geehrt. In einer zweiten Biografie schilderte Giersich das Schicksal von Gretchen Knoch, die als junge Frau 1933 in die ČSR abgeschoben wurde, 1938 in Prag verhaftet wurde und dann bis Mai 1945 im Zuchthaus Waldheim eingesperrt war. Von ihr hatte er einige Bastelarbeiten mitgebracht, die im Zuchthaus angefertigt wurden.

Schließlich berichtete ein Bundeswehrsoldat über den Krieg in Syrien. Er zeigte ergreifende Bilder aus Aleppo.

Am nächsten Tag führen alle Klassen ins Militärhistorische Museum nach Dresden. Dort wurden Sichtweisen auf kriegerische Mächte vom Mittelalter bis zum Zweiten Weltkrieg in geführten Rundgängen beleuchtet.

Am dritten Tag kamen zwei Flüchtlinge vom Verein »Integration statt Isolation« aus Plauen in die Schule und zeigten den Schülern ihre Schriftsprache. Einer von ihnen war in Syrien Mathematiklehrer und freute sich, endlich wieder einmal vor Schülern stehen zu können.

Viele Schüler versuchten, sich an diesem Tag den Themen »Mobbing, Neid, Asyl, Courage, Ausgegrenztsein« künstlerisch zu nähern. Es entstanden beeindruckende Plakate, die wir beim Friedenswettbewerb einreichen werden, ausgeschrieben von der Stiftung der Frauenkirche Dresden.

Einen weiteren Tag beschäftigten wir uns mit rechter Symbolik sowie



Foto: Doritta Korte  
Ein syrischer Mathematiklehrer zeigt den vogtländischen Kindern, wie in seiner Heimat geschrieben wird

V.i.S.d.P. Peter Giersich Redaktion: Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehleener Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/4901903  
E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de oder vvn-vogtland@t-online.de

Spendenkonto: BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE90 8508 0000 0528 2111 02

den fünf Weltreligionen. Waltraut Schmidt (VVN) aus Rößnitz bei Plauen sprach mit den Schülern über jüdisches Leben im Vogtland. Sie hat diese Geschichte seit vielen Jahren aufbereitet.

Am Freitag kochten wir mit Flüchtlingen deren Landesgerichte. Die fremdländischen Gerüche zogen durch das ganze Schulhaus und machten Appetit.

Mit Mitgliedern der »Banda Internationale« aus Dresden zog Weltmusik ein. Die Musiker kommen aus vielen Nationen. Für ihre Weltoffenheit erhielt die Band bereits mehrere Demokratiepreise. Mit Musik die Welt verändern, das ist ein wunderbares Motto.

Unterstützt wurde die Projektwoche von externen Partnern wie dem Bundesprogramm »Demokratie leben!«, dem Vogtlandkreis, dem VVN-BdA Vogtland und dem Aktionsbündnis »Vogtland gegen rechts«. Ein besonderer Dank gilt Peter Giersich für seinen Einsatz.

**Doritta Korte, Lehrerin an der TRIAS Oberschule Elsterberg**

## Hoyerswerdaer Projekt »Wider das Vergessen« erfolgreich im 21. Jahr Auf ins dritte Jahrzehnt!

Nachdem im vergangenen Jahr das Projekt »Wider das Vergessen« der RAA Hoyerswerda und des VVN-BdA-Stadtverbandes seinen 20. Jahrestag gefeiert hatte, stand nun die Aufgabe, dieses Projekt auch im 21. Jahr erfolgreich weiterzuführen.

Schon im Herbst waren die Pädagogen der vorgesehenen Klassen aus den fünf teilnehmenden Schulen in einer Fortbildung mit dem Projekt vertraut gemacht worden. Eine Delegation, an der Schülerinnen und Schüler aller beteiligten Schulen teilnahmen, war nach Auschwitz gefahren, um die Projekttag vorzubereiten.

Am 18. und 19. Januar 2017 trafen dann Vertreterinnen und Vertreter des Landesverbandes der VVN-BdA Sachsen und die Zeitzeugen für die Gespräche in Hoyerswerda ein. Schon die Buchlesung »Die

Verräterin« von Gudrun Pausewang am ersten Tag war beeindruckend. Es herrschte Mäuschenstille, als die Erlebnisse der 16-jährigen Gymnasiastin Anna von der Berliner Schauspielerinnen Vera Kreyer eindrucksvoll dargeboten wurden.

Am Vorabend der Zeitzeugengespräche in den Klassen trafen sich Schüler und Lehrer mit ihren Gästen zum Kennenlernen. Dabei war natürlich Justin Sonder, Überlebender des Vernichtungslagers Auschwitz, der gefragteste Gesprächspartner für viele Jugendliche. Hoyerswerdas Oberbürgermeister Stefan Skora

(CDU) eröffnete den Empfang und wünschte allen Beteiligten Erfolg.

Für viele Zeitzeugen wird es immer schwerer, an der Veranstaltung in Hoyerswerda teilzunehmen, und so waren Vertreter der AG »Zweite und dritte Generation« der VVN Sachsen, unter ihnen Roland Hering, Dr. Ingrid Heyser und Heiderose Gläß, aber auch Gäste aus Berlin wie Gisela Plessgott und Wolf Stötzel, mit dabei und berichteten über das Leben ihrer Angehörigen. Mit großer Freude wurde auch der Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, Prof. Heinrich Fink, begrüßt.

Ich konnte zum zweiten Mal an diesem Projekt teilnehmen und war wieder beeindruckt vom Interesse und den Fragen der Jugendlichen. Dabei kommt es mir darauf an, meinen Vater Alfred Schneider nicht auf einen Sockel zu heben und als Helden darzustellen, sondern als

jugen Mann, der früh Klassenunterschiede kennengelernt hat und sich als junger Sozialdemokrat eingereicht hat in den Kampf gegen die Faschisten und nach 1933 in die illegale Arbeit. Er bezahlte das mit Zuchthaus und KZ-Haft, mit schrecklichen Jahren im Strafbataillon 999 und jahrelanger Trennung von seiner Familie. Seinen Wunsch nach einer gerechteren Gesellschaft versuchte er sich in der DDR zu erfüllen, wie ich an vielen persönlichen Aufzeichnungen meines Vaters verdeutlichen kann.

Die auswertenden Gespräche nach den 90-minütigen Zeitzeugengesprächen in den Klassen sind uns immer wichtig, sowohl für die Rückkopplung als auch für die Weiterführung des Projektes.

Wir alle freuen uns schon auf die 22. Auflage »Wider das Vergessen« im Jahr 2018.

**Heiderose Gläß, Kreisvorsitzende des VVN-BdA Görlitz**

Auseinandersetzungen über geplante Max-Mannheimer-Straße

# Nur ein Bad Aiblinger Problem?

Über die regionalen Medien hinaus fanden im Februar dieses Jahres Auseinandersetzungen und Beschlüsse Aufmerksamkeit, die es im Stadtrat von Bad Aibling gegeben hatte. Dabei hatte alles eigentlich ganz harmonisch begonnen...



Foto: Werner Rauch

Max Mannheimer 2014 im Gespräch mit Jugendlichen am neu gestalteten Gedenkort Dachau-Hebertshausen, dem ehemaligen »SS-Schießplatz«, an dem Tausende sowjetische Kriegsgefangene ermordet wurden.

Vierelorts wurde und wird derzeit, nicht nur in Bayern, Max Mannheimers gedacht. Erinnerung wird an den Ende September 2016 im 97. Lebensjahr verstorbenen Holocaust-Überlebenden, an den bis zu seinem Lebensende unermüdlichen Zeitzeugen, der mit Überzeugungskraft und Einfühlungsvermögen dort, wo er aufgetreten ist, oft auch Impulse gegeben hat für örtliches Erinnerungs-Engagement: in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, bei Gedenkveranstaltungen, Versammlungen, Kundgebungen und nicht selten auch in politischen Institutionen und Gremien, die ihn eingeladen hatten.

Einiges davon war auch im oberbayerischen Kurort Bad Aibling öfter der Fall gewesen, weshalb es, wie heute vielfach auch andernorts, das Bedürfnis gab, das Wirken von Max Mannheimer nun auch postum würdigen zu wollen. Eine Straßenbenennung nach dem KZ-Überlebenden in einem geplanten Neubaugebiet schien den Stadt-Verantwortlichen dafür angemessen. Entsprechende Gremien-Beschlüsse wurden, nachdem dies geklärt war, relativ rasch über Parteigrenzen hinweg gefasst. Und alles schien, so wie es ähnlich in diversen Gemeinden und Städten in Sachen Max Mannheimer geschah und geschieht, auch in Bad Aibling nun den üblichen behördlichen Weg bis zur Realisierung des Projekts zu gehen.

## Seltene »Irritationen«

Aber dann sollen plötzlich »Irritationen« aufgetreten sein. Wie die Süddeutsche Zeitung berichtete, seien »im Rathaus Anrufe und Schreiben eingegangen«: »Neben Vorschlägen, die Straße nach Franz Josef Strauß zu benennen«, so die SZ, »sei auch die Sorge formuliert worden, dass die schöne neue Wohnanlage in einer Max-Mannheimer-Straße womöglich Ziel rechter Schmierereien werden könnte«.

Besonders verwunderlich sind solcherlei Forderungen, Ankündigungen und Drohungen in Zeiten von weltweit verbreiteten hochoffiziellen Twitter-Insulten und kleinem wie großem Shitstorm-Gebrauch zu

allem und jedem ja nun auch wieder nicht. Aber – und das ist neben anderen auch den Berichterstattem der SZ schon richtig aufgefallen – irgendwie ganz schön verwunderlich war das prompte Reagieren des CSU-Bürgermeisters und weiterer Verantwortlicher, die bereits dem Straßenbenennungs-Vorschlag zugestimmt hatten und nun unter unterschiedlichsten Vorwänden doch über anderes nachdenken wollten.

Ganz konkret hieße es doch für die Zukunft, sollte das Bad Aiblinger Beispiel tatsächlich Schule machen: Anruf (oder Brief, Mail, SMS, Tweet oder was auch immer) genügt. Die Drohung, alte oder neue Nazis könnten ob ihrer Empörung über eine Straßen-, Platz-, Park- oder Gebäudebenennung nach Opfern des NS-Regimes oder gar Widerständigen dagegen mit öffentlich sichtbaren Maßnahmen reagieren, würde ausreichen, derartige Würdigungen künftig zu unterlassen. Oder sie zumindest unter solch einem Aspekt – der Gefahr von Schmierereien etc. – in den verantwortlichen Gremien so lange auf und ab zu diskutieren, bis nichts mehr von der ursprünglichen Intention übrigbleibt: der Würdigung der Überlebenden, der Widerständigen, der Zeitzeugen...

Interessant scheint mir, dass sich diese Aiblinger Diskussion und das in diesem Zusammenhang auffällige »prophylaktische Einlenken« ausgerechnet am Namen (und Menschen) Max Mannheimer festgemacht hat. Schien doch gerade er – und er hat das, wie ich glaube, auch selbst immer und gern so gesehen – einer zu sein, der über (wie er sie sah) einengende politische, weltanschauliche, religiöse Grenzen und Felder wirksam werden konnte für eine humanere Gegenwart und Zukunft. Das ist ihm, soweit ich das beurteilen kann, auch sehr oft gelungen. Aber als »hinreichende« Bedingung hat dies wohl im konkreten Fall dann doch nicht genügt.

Die Angriffe auf eine Max-Mannheimer-Straße und das mehr als zögerliche Zurückweichen vor diesen Attacken durch kommunale Verantwortliche sollten uns und allen anderen für eine künftige Welt des Friedens und der Freiheit Engagierten ein mehr als deutliches Signal sein. Da ist Widerstand gefragt. Breit, bunt und vielfältig – damit so etwas gar nicht erst einreißt...

Ernst Antoni

## Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

**März:** Johann Georg Neundorfer, Bamberg, 88 Jahre; Peter Brunner, Holzkirchen, 86 Jahre; Hiltraud Wurm, Grafrath, 75 Jahre; Rudolf Graichen, Obing, 75 Jahre; Gilberte Lebien-Schachner, Peiting, 65 Jahre; Fritz Mohr, München, 60 Jahre; Gisela Upsing, Regensburg, 60 Jahre; Helmut Kaiser, Putzbrunn, 60 Jahre; Josef Schießl, Schlechting, 60 Jahre

**April:** Ilona Denke, München, 88 Jahre; Charlotte Salzbrenner, Itzgrund, 83 Jahre; Gerlinde Zollner, München, 83 Jahre; Ingrid Marschall, München, 81 Jahre; Charles Zintl, Dießen, 75 Jahre; Georg Neubauer, Nürnberg, 70 Jahre; Monika Dirr, Bad Windsheim, 70 Jahre; Ulrich Seiz, Traunstein, 70 Jahre; Ursula Unger, Peißenberg, 70 Jahre; Christine Fabritius, Regensburg, 65 Jahre; Rosi Mittermaier-Mühlendorfer, München, 65 Jahre; Anna-Renate Funk, München, 60 Jahre; Josef Frey, München, 60 Jahre; Michael Knuth, Augsburg, 60 Jahre

Kerem Schamberger erfolgreich im Kampf gegen »Berufsverbots«-Drohung

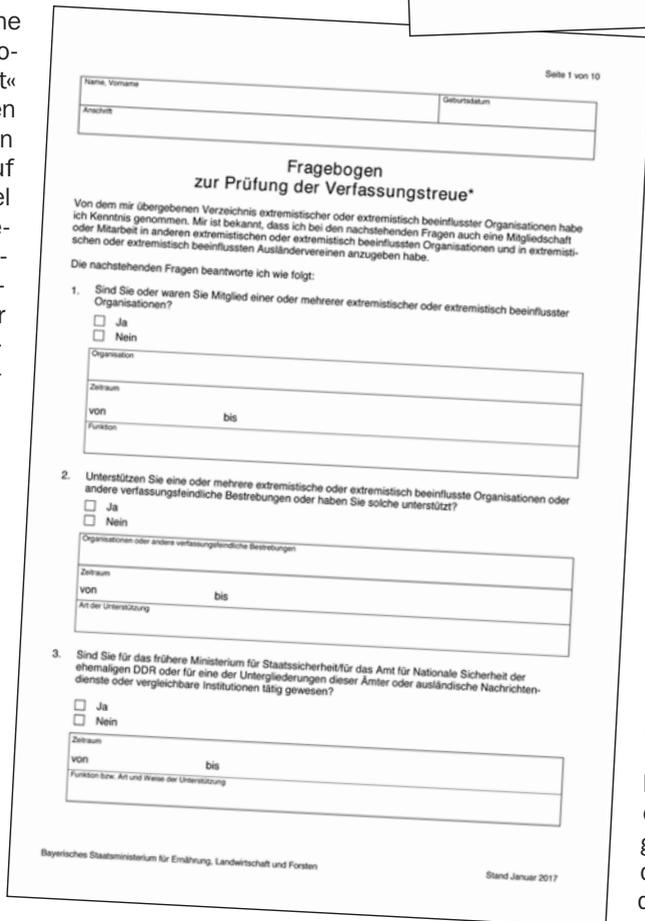
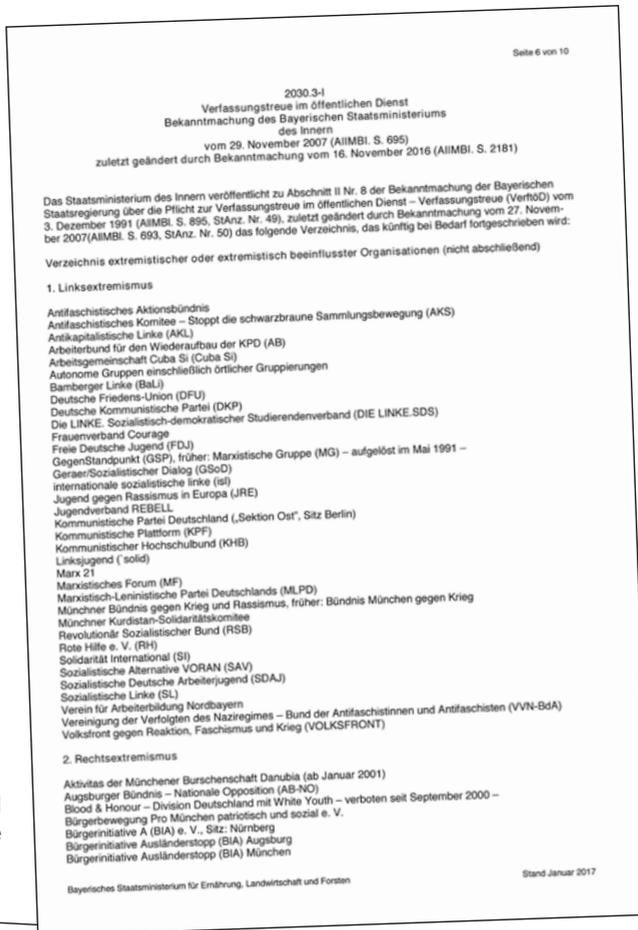
# Diffamierungs-Fragebogen abschaffen

Die VVN-BdA Bayern gratuliert Kerem Schamberger zu seiner Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München zum 1. Januar 2017. Die Anstellung war längst überfällig. Aber Bewerber für den öffentlichen Dienst in Bayern müssen einen »Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue« ausfüllen. Kerem Schamberger hatte hier u. a. seine Mitgliedschaft in der VVN-BdA und der DKP angegeben, woraufhin die Universität München das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz um Auskunft ersuchte.

Monatelang ließ sich daraufhin diese Behörde Zeit für eine Antwort. Entgegen deren Hinweisen auf angeblich verfassungsfeindliche Aktivitäten Schambergers sah die Universität München dann aber keinen Grund für die Verweigerung der Einstellung. Damit wurde ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Verfassungsauftrags »Freiheit von Kunst und Wissenschaft« geleistet. Möglich wurde dieser Erfolg durch das engagierte Eintreten der Verantwortlichen des Instituts für ihren Doktoranden Schamberger und durch die breite Unterstützung, die er erfahren hat.

Das große öffentliche Interesse an diesem drohenden »Berufsverbot« für einen Antifaschisten und Marxisten lenkt den Blick auch wieder auf ein betrübliches Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte – der Ausgrenzung kritischer, links eingestellter Personen vor allem aus dem öffentlichen Dienst. In Nachfolge des sogenannten Adenauer-Erlasses von 1950 beschlossen am 28. Januar 1972, also vor 45 Jahren, die Ministerpräsidenten der Länder den »Radikalenerlass«, der in den knapp zwanzig Jahren seiner Gültigkeit zu etwa 3,5 Millionen Überprüfungen von Bewerbern, zu 11.000 Verfahren und weit über 1.000 »Berufsverboten« führte. Vom individuellen Leid dieser unmit-

telbar Betroffenen abgesehen: Der »Radikalenerlass« führte zu massiver Einschüchterung und politischer Anpassung vor allem junger Menschen – und auch zum Aufblähen der Verfassungsschutzbehörden, die den Feind traditionsgemäß in den »Linken« sahen und auf dem rechten Auge meist »blind« waren.



zur Prüfung der Verfassungstreue« als Nachfolgeinstrument einzuführen. Bayern wollte Vorreiter bleiben in der Abwehr kritischer, linker Menschen und Vorreiter bleiben im Kampf gegen den »Linksextremismus«. Jahrzehntelange Verharmlosung der Gefahr von rechts war die Folge – bis hin zum Versagen auch des Bayerischen Verfassungsschutzes bei den NSU-Morden.

In den jährlichen bayerischen Verfassungsschutzberichten sowie in der Liste »verfassungsfeindlicher« Organisationen, die Bewerbern für den öffentlichen Dienst vorgelegt wird, ist auch die VVN-BdA aufgeführt. Damit wird dieser vor 70 Jahren von ehemaligen NS-Opfern gegründeten Organisation die demokratische Legitimität abgesprochen und werden ihre Mitglieder als Verfassungsfeinde diffamiert. Das zeigt besonders deutlich, wie sehr das Bayerische Innenministerium den Verfassungsschutzbericht als politisches Kampfmittel nutzt.

Was Kritiker damals bereits deutlich machten, ist heute gängige Auffassung: Der »Radikalenerlass« war niemals Schutz für Demokratie und Verfassung, sondern baute demokratische Rechte ab.

## Die Schützengräben des Kalten Krieges

Der Fall Schamberger, der über die Bundesrepublik hinaus bekannt wurde, macht aber auch darauf aufmerksam, wie sehr das Bayerische Innenministerium und seine Behörde, das Landesamt für Verfassungsschutz, noch immer in den Schützengräben des Kalten Krieges verharren. Bayern hatte als letztes Bundesland 1991 den »Radikalenerlass« abgeschafft, um danach als damals einziges Bundesland den erwähnten »Fragebogen

45 Jahre nach Verabschiedung des »Radikalenerlasses« sollte auch in Bayern endgültig Schluss sein mit der unheilvollen Ausgrenzung von Demokraten und Antifaschistinnen/Antifaschisten und der Drohung mit »Berufsverboten«. Deshalb: Dieser »Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue« gehört abgeschafft.

VVN-BdA Bayern, 16. Januar 2017

**Spenden für die VVN-BdA Bayern:** Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto (bitte beachten: neue Bankverbindung, neue Nummern): VVN-BdA Bayern DE21 7015 0000 1003 3325 80; BIC: SSKMDEMXXX

**Wichtiger Hinweis:** Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: [lv-bayern@vvn-bda.de](mailto:lv-bayern@vvn-bda.de)

**Redaktion:** Ernst Antoni

Kommt zum Berliner Ostermarsch am 15. April 2017!

# Gegen Krieg und Faschismus

Seit fast sechs Jahrzehnten kämpft die Ostermarsch-Bewegung gegen Krieg und für den Frieden. »Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.« Diese Worte Willy Brandts sind im Zeitalter von Massenvernichtungswaffen aktueller denn je. Einen dritten Weltkrieg müssen wir verhindern. Wir sehen uns in der Tradition von überlebenden Häftlingen des KZ Buchenwald, die nach ihrer Befreiung 1945 schworen: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«



Damals wie heute waren und sind Antifaschismus und Frieden zwei Seiten einer Medaille, sie sind Richtschnur für ein auf eine friedliche Zukunft gerichtetes Handeln über alle politischen, weltanschaulichen und religiösen Grenzen hinweg. Wir beteiligen uns am diesjährigen Ostermarsch in Berlin und rufen alle friedenswilligen Berlinerinnen und Berliner auf, ein

deutliches Zeichen dafür zu setzen, dass Kriege von Menschen gemacht werden und ebenso von Menschen verhindert werden können. Das gelingt dann, wenn sich viele Menschen in der Friedensbewegung engagieren.

## DIE WAFFEN NIEDER!

Kooperation statt NATO-Konfrontation – Abrüstung statt Sozialabbau

Wir fordern von der Bundesregierung, eine friedenssichernde Politik zu verfolgen und erneuern unsere Forderungen:

- Keine Militarisierung der Außenpolitik! Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden! Kein Missbrauch deutschen Territoriums für Interventionskriege!
- Keine Militarisierung der EU-Außengrenzen! Für eine solidarische Migrationspolitik in der EU!
- Rüstungsexporte verbieten! Rüstungskonversion auf zivile Produktion!
- Abzug aller ausländischen Nuklearwaffen aus Deutschland, keine Produktion und Stationierung eigener Massenvernichtungswaffen auf deutschem Boden!

Diese Forderungen widerspiegeln die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Mit dem Rückblick auf unsere Geschichte, aus Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft eines Lebens in Frieden und Würde wollen wir uns nicht damit abfinden, dass derzeit mehrere Dutzend Kriege stattfinden und weltweit mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Kriege und Kriegsfolgen sind Fluchtgrund Nummer 1. Wir lehnen eine, wie auch immer geartete, größere militärische Verantwortung Deutschlands in der Welt, eine

## Abrüsten!

Berliner OSTERMARSCH 2017  
15. April 2017, 12 Uhr  
Kaiser-Wilhelm-Platz,  
Berlin-Schöneberg  
anschließend Demonstration  
Abschlusskundgebung 14.15 Uhr  
Kaiser-Wilhelm-Platz  
[www.friko-berlin.de](http://www.friko-berlin.de)

»Führungsverantwortung in Europa« ab. Wir sehen die nationalistische und chauvinistische Entwicklung nicht nur in Deutschland, aber hier sind wir gefordert. Die fragwürdige Ablehnung des NPD-Verbots durch das Bundesverfassungsgericht ist ein Schlag für alle Demokraten. Es gilt somit der Auftrag des Grundgesetzes: »Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten« (Artikel 9 des GG). **Arbeitskreis Frieden der Berliner VVN-BdA**

**Redaktion: Dr. Hans Coppi**  
Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin  
Tel.: (030) 55 57 90 83-0 Fax: (030) 55 57 90 83-8,  
Internet: [berlin.vvn-bda.de](http://berlin.vvn-bda.de)  
E-Mail: [berlin@vvn-bda.de](mailto:berlin@vvn-bda.de)

## Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto: Postbank Berlin  
IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05  
BIC: PBNKDEFF

## Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der  
Berliner VVN-BdA...

...immer am **3. Montag im Monat**,  
immer im **Café Sibylle**,  
immer ab **18.30 Uhr**

**Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz**

**Montag, 20. März 2017, 18.30 Uhr**, Der Umgang der »seriösen« Firma Salamander mit der Nazi-Vergangenheit. Vera Friedländer berichtet über ihr neues Buch. Wer denkt denn an Schuhe, wenn es um Profit und Macht geht? An

Krupp, VW, IG Farben denkt man. Salamander ist durch das Nazi-System der größte, dominierende Schuh-Konzern geworden, reich und mächtig. Salamander hat viel zu verantworten: den Raub jüdischen Eigentums, die Vernichtung von Existenzen, den Einsatz von Häftlingen unter mörderischen Bedingungen, die Ausbeutung von Zwangsarbeitern. Vera Friedländer musste als 16-Jährige im Reparaturbetrieb von Salamander in der Köpenicker Str. 6a-7 in Berlin-Kreuzberg Zwangsarbeit leisten. Sie musste nichtmarkierte Schuhe sortieren und fragte sich: Woher kommen diese Schuhe? Nach einer Zeit der Verdrängung hat sie die Erinnerungen wieder aufgerufen und konnte diese Frage und andere, die

sich daraus ergaben, beantworten. Viele Jahre sammelte sie dokumentarisches Material, das sie in dem Buch »Ich war Zwangsarbeiterin bei Salamander« präsentiert.

**Montag, 17. April 2017, 18.30 Uhr**, Lesung und Gespräch mit Gabriel Berger, Autor des Buches »Umgeben von Hass und Mitgefühl«. Moderation: Dr. Beate Kosmala (Historikerin). In der 1945 von den Deutschen weitgehend verlassenem Region Niederschlesien entstand für kurze Zeit eine »Jüdische Republik« mit eigener Verwaltung, eigenen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Strukturen und Jiddisch als Verkehrssprache. Der von Jakob Egit und seinen Mitstreitern konzipierte »jiddische Jischuv«

sollte eine Alternative zur zionistischen Ansiedlung von Juden, Überlebenden des Holocaust, in Palästina werden. Das Projekt wurde von der neuen kommunistischen Staatsmacht Polens zunächst unterstützt. Es scheiterte aber an der durch Pogrome ausgelösten panikartigen Flucht von Juden aus Polen, an der Gleichschaltung der Gesellschaft, dem polnischen Nationalismus sowie an der durch Stalin initiierten antisemitischen Welle im gesamten Ostblock. Um die Nachkriegssituation der Juden in Polen verständlich zu machen, wird in dem Buch auch auf die konfliktreichen polnisch-jüdischen Beziehungen vor dem Zweiten Weltkrieg und während des Krieges eingegangen.

Gerechtigkeit Jetzt! - Mahnwache am 27. Januar 2017, Holocaustmahnmal, Berlin

# Gerechtigkeit für die letzten Überlebenden!

»Wir fordern die sofortige Verankerung einer subsidiären Wartezeiten-Anerkennung bei Ghetto-Renten im ZRBG!« Das schrieb die Initiative Ghetto-Renten Gerechtigkeit Jetzt! in einem Offenen Brief am 27. Januar 2017 an Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, um die gemeinsamen Forderungen des Verbands der Jüdischen Glaubensgemeinden in Polen und der Vereinigung der Roma in Polen zu unterstützen.

Der Offene Brief wurde auch auf einer gemeinsamen Mahnwache mit der Berliner VVN-BdA am Holocaust-Mahnmal der recht zahlreich erschienenen deutschen und polnischen Medienöffentlichkeit vorgestellt.

Doch was verbirgt sich hinter diesem sperrigen Begriff? Eine lange und fortdauernde Geschichte und Praxis deutscher Politik und Bürokratie, Opfern des Faschismus ihre materiellen Rechte vorzuenthalten.

ZRBG steht für das erst 2002 verabschiedete Ghetto-Renten-Gesetz, das die rentenrechtliche Anerkennung der Arbeitsleistung Überlebender, die in den Ghettos

für deutsche Betriebe arbeiteten, regelt. Es kam schon bei seiner Einführung für den größten Teil der im Ghetto Arbeitenden zu spät, sie haben sie schlicht nicht mehr erlebt. Ein weiterer Teil starb noch auf dem bürokratischen Weg zur Anerkennung und Auszahlung ihrer Rentenrechte. Wohl gemerkt, hier geht es nicht um eine Entschädigung oder »Wiedergutmachung«.

Voraussetzung für eine Ghetto-Rente ist neben dem Erreichen der Regelaltersgrenze von 65 Jahren auch die Erfüllung einer Mindestversicherungszeit von fünf Jahren, konkret: 60 Monaten in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung. Für 60 Monate müssen also Beiträge für die Beschäftigten einer deutschen Ghetto-Fabrik abgeführt worden sein – die meisten Ghettos existierten gar nicht so lange. Und unter 14-Jährige werden von der deutschen Rentenversicherung überhaupt nicht berücksichtigt. So Edward Debicki, heute 82 Jahre alt, der als Kind im Ghetto Włodzimierz Wolynski schuften musste.

Die meisten heute noch lebenden Ghetto-Insassen können diese Mindestversicherungszeit nicht erfüllen und waren Kinder, die im Ghetto arbeiteten. Viele kommen zudem aus Staaten, die kein Sozialversicherungs-Abkommen mit der Bundesrepublik abgeschlossen haben. Auch fehlen oft Belege – was leicht nachvollziehbar ist. Der deutschen Bürokratie ist das egal.

Egal ist ihr auch ein Teilnehmer der Kundgebung: Władysław Wajs schrubhte als Kind im Ghetto in Łódź (»Litzmannstadt«) Küchen, um

zu überleben: »Im Ghetto musste man sich jedes Stück Brot, jeden Teller Suppe erarbeiten.«

Man kann von circa 1.000 noch lebenden Betroffenen ausgehen, rund 80 in Israel und den USA, 50 in Ungarn, je 20 in Rumänien, Polen und weiteren Ländern. Hierzulande sind 800 Sinti und Roma, Kinder, die osteuropäische Ghettos und deutsche Vernichtungslager überlebten, ohne Rentenzahlungen, schätzt der Zentralrat der Sinti und Roma.

Wenn die Bundesregierung die Anerkennungshindernisse nicht bald beseitigt, werden auch die letzten Ghettoarbeiter gestorben sein. Für die deutsche Rentenversicherung ist das die billigste Lösung.

Ein wenig Hoffnung macht die eindrucksvolle Unterstützung durch zahlreiche Verbände, Organisationen, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Personen des öffentlichen Lebens. Esther Dischereit schreibt dazu: »Die Jüdischen Gemeinden in Polen und die Vereinigung der Roma in Polen müssen eine Regelung anmahnen, die längst hätte getroffen werden müssen.«

**Markus Tervooren**

[www.ghetto-renten-gerechtigkeit-jetzt.org](http://www.ghetto-renten-gerechtigkeit-jetzt.org)



Mahnwache am 27. Januar 2017 vor dem Holocaust-Denkmal in Berlin, von links nach rechts: Markus Tervooren, Józef Jochymczyk, Władysław Wajs, Klaus Lemnitz, Roman Kwiatkowski, Daniel Bartłomowicz  
Foto: Andreas Domma

## Schülerinnen und Schüler ehren Mildred Harnack an ihrem Todestag Annäherung auf eigene, berührende Weise

Am Abend des 16. Februar 1943 wurde Mildred Harnack in der Hinrichtungsstätte Plötzensee ermordet. Die Literaturwissenschaftlerin, aufgewachsen am Michigansee in im Staat Wisconsin gelegenen Milwaukee, gehörte mit ihrem Ehemann einem Netzwerk von Berliner Freundes- und Widerstandskreisen an. Noch in der Todeszelle übertrug sie Goethes Gedicht »Edel sei der Mensch, hilfreich und gut ...« ins Englische.

Eine Schule im Wohngebiet Frankfurter Allee-Süd trug vor und auch bald nach 1990 wieder den Namen von Mildred Harnack. An ihrem Todestag findet alljährlich ein Projekttag statt. Ein Projekt beschäftigte sich in diesem Jahr mit den Stolpersteinen für Mildred und Arvid Harnack. Schülerinnen und Schüler tauschten sich mit der Geschichts- und Deutschlehrerin, Frau Lechner, über Mildred Harnacks Leben und ihre Haltung

aus. Danach notierten sie, was sie bewegte. Als sie gegen 13 Uhr in der Genthiner Straße 14 ankamen, putzten sie zuerst die Stolpersteine und schmückten sie mit Blumen. Danach trugen sie ihre Gedanken vor. Hier einige Auszüge:

Juliane fragte: Was ist uns die Freiheit wert?/Der Stählerne Tod/ Für den Frieden/Für die Freiheit/Für uns. Elisabeth und Marie-Sophie beeindruckte der Mut zu widersprechen und sich zu widersetzen.

Ramy bewegte die Frage: Warum ist Mildred Harnack für ein Land gestorben, das nicht ihres ist? Lev fand seine Antwort auf eine selbst gestellte Frage: Doch kann jemand sagen: Der Kampf war nichts wert?/Nein, denn heute wird sie – Mildred Harnack – geehrt! Sergej fasste zusammen: Rot/Das Blut/ist nicht umsonst/Die Erinnerung bleibt uns/Immer!; Anna schrieb: Hart/Das Leben/Bis zum Tod/Doch ich bleibe stark/ Immer! Und Michelle: Jede Blume, die



Schülerinnen der Mildred-Harnack-Schule putzen die Stolpersteine für Arvid und Mildred Harnack  
Foto: Metin Yilmaz

diesen Stein schmücken wird, ist ein Gedanke an sie./Jedes Gedicht und jeder Text, der an sie gerichtet ist, eine Ehrung.

Jugendliche aus der 12. und 13. Klasse haben sich auf eigene berührende Weise der Widerstandskämpferin genähert. Seit 1989 wird an ihrem Geburtstag am 16. September in Schulen des Staates Wisconsin an Mildred Harnack erinnert. Die Schule in Lichtenberg verbindet vielfältige Kontakte mit einer High School in Milwaukee. Im Mai werden wieder Schülerinnen und Schüler in Lichtenberg erwartet. Vielleicht begeben sie sich gemeinsam auf Spurensuche nach Mildred Harnack-Fish in Berlin.

**Hans Coppi**

Aus der Ansprache von Detlef Garbe am 3. Februar 2017 im Kultur Palast Hamburg-Billstedt

# 70 Jahre VVN Hamburg – ein Grund zum Feiern!

Liebe Freundinnen und Freunde, und ich bin froh und dankbar dafür, auch sagen zu können, liebe Kameradinnen und Kameraden. Am 1. und 2. Februar 1947 kamen Überlebende der Konzentrationslager und anderer Haftstätten, dem Holocaust Entronnene, Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer unterschiedlicher politischer, religiöser oder anderweitiger weltanschaulicher Prägung zusammen, um sich nach den Erfahrungen der gerade erst anderthalb Jahre überwundenen faschistischen Barbarei gemeinsam in einem starken Verband zu organisieren.

Trotz des Rückhalts durch die britische Besatzungsmacht spürten sie bereits, dass es einer gemeinsamen Interessenswahrnehmung bedurfte, denn in der Bevölkerung waren die ehemals Verfolgten keineswegs wohl gelitten, vielmehr begegnete ihnen verdeckt oder auch schon offen Ablehnung und Zurückweisung. [...]

## Belastung durch den Kalten Krieg

Als zwei Monate nach der Gründung in Hamburg in Frankfurt am Main in einer alle vier Besatzungszonen übergreifenden Konferenz die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) für ganz Deutschland gegründet wurde, zeigte sich schon, dass der immer stärker heraufziehende Kalte Krieg die Organisation stark belasten würde. Oder anders ausgedrückt: Der [seit Mitte 1945] durchgehaltene Konsens unterschiedlicher politischer Kräfte in der VVN begann zu bröckeln. Den Kern der Auseinandersetzung bildete dabei das Verhältnis der VVN zu KPD und SPD. [...]

Am 26. Juli 1951 wurde der deutschlandweite Rat der VVN von der Bundesregierung verboten, es folgten kurze Zeit später Verbote der Landesorganisationen in Rheinland-Pfalz, im Saarland und auch im sozialdemokratisch regierten Hamburg. [...] Der Verbotsantrag der Bundesregierung gegen die Gesamtorganisation scheiterte, das Verbotverfahren wurde 1962 eingestellt, das Verbot in Hamburg jedoch erst im Juni 1967 wieder aufgehoben. Vom Unvereinbarkeitsbeschluss, der allerdings vielerorts nicht angewandt wurde, verabschiedete sich der Bundesvorstand der SPD erst im Oktober 2010. [...]

Eine Würdigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –

Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten ist bis heute ein politisches Symbol. Anders als im europäischen Ausland, wo die aus dem Widerstand gegen das Naziregime hervorgegangene Organisation und ihre Repräsentanten vielfach hoch geehrt wurden, ist die VVN-BdA bei uns vielen immer noch keine öffentliche Ehrung wert.

Schlimmer noch: Neuerdings mehren sich wieder die Angriffe auf den Verband. So möchte die Bürgerschaftsfraktion der AfD es den städtischen Stadtteilzentren, wie dem Lola in Bergedorf, untersagen, ihre Räumlichkeiten der VVN-BdA zur Nutzung zur Verfügung zu stellen.

## Verfolgt und überwacht bis heute

Die Frontlinien des Kalten Krieges wirken bis heute nach. Damals gerieten die in der VVN organisierten ehemals politisch Verfolgten ins Visier des Staatsschutzes und der neu gegründeten bundesdeutschen Geheimdienste. Es gab in dieser Zeit eben nicht nur die politische Verfolgung von Angehörigen der Jungen Gemeinde, von Zeugen Jehovas und von Sozialdemokraten in der DDR, es gab auch im Westen eine Gesinnungsjustiz und politische Verfolgungsmaßnahmen, die sich gegen Menschen richteten, die als kommunistische Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer in den Konzentrationslagern unter dem SS-Terror gelitten hatten.

Und wir reden hier nicht nur über lange zurückliegende Zeiten. Bis zum Jahr 2005 wurde im Verfassungsschutzbericht des Bundes die VVN-BdA unter der Rubrik »linksextremistische Bestrebungen« geführt. Und noch heute ist sie in den Berichten des Bayerischen Landesverfassungsschutzamtes zu finden. Das ist nicht hinnehmbar und gehört geändert.[...]

## Innerverbandliche Veränderungen

Auch wenn zweifelsohne innerhalb der VVN in ihrer langen Geschichte manche Irrwege beschritten wurden, der Einfluss der DKP offenkundig war und nicht zuletzt die verheimlichten jahrzehntelangen Zuwendungen aus der DDR, die nach 1989 publik wurden, zu Zerwürfnissen führten und weiterhin ein schweres Erbe darstellen, so bedeutet die ungebrochene

Nennung der VVN in Verfassungsschutzberichten altes Denken in den Kategorien des Kalten Krieges und eine Negierung der in den letzten Jahrzehnten vollzogenen innerverbandlichen Veränderungen.

Denn die VVN stellt sich heute ihrer Geschichte, sie stellt sich auch schwierigen und sehr schmerzhaften Fragen. In den letzten Jahren wurde – um hier ein Beispiel zu nennen – eine intensive Aufarbeitung der Geschichte von jenen mehreren Tausend deutscher Antifaschis-

ten vorangetrieben, die Opfer der stalinistischen Verfolgung in der Sowjetunion wurden.[...]

Die Stigmatisierung der VVN als extremistisch, ihre Überwachung durch Verfassungsschutzämter, die nicht nur beim Terrorismus des NSU versagt haben, ist anachronistisch.

Wer heute noch die VVN-BdA politisch auszugrenzen versucht, muss sich die Frage gefallen lassen, ob er nicht eher auf das unbequeme heutige politische Engagement zielt, das sich

im Kampf gegen den Neofaschismus gerade auch um unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat verdient macht und mithin echten, konstruktiven Verfassungsschutz darstellt. Ihre entschlossene Gegenwehr zur Verhinderung von Nazidemonstrationen, ihre Bündnisbreite und ihre Offenheit auch für unkonventionelle Protestformen lassen in Behörden und im Parteienspektrum jene nach Ausgrenzung verlangen, die im Unterschied zu großen Teilen der VVN-BdA noch im alten Denken verhaftet sind.

Foto: Gert Krützfeld



Kulturfest 70 Jahre VVN Hamburg: Detlef Garbe bei seiner Ansprache ...

## Aufstehen gegen Rassismus Hamburg

**Sei laut!** Um dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen, sind wir auf die Aktivität von vielen angewiesen. Nur wer sich einbringt und engagiert, kann auch etwas bewirken.

**Misch dich ein!** Du willst Teil dieser Bewegung werden? Dann komm bei einem unserer Aktiventreffen vorbei und komm in Kontakt mit anderen Aktiven in Hamburg. **Komm vorbei!** Aktiventreff: Wir treffen uns immer am 2. Donnerstag und am 4. Dienstag eines Monats um 19.00 Uhr im Dock Europe, Bodenstedtstr. 16 (Hinterhof Eingang West), 22765 Hamburg.

Komm vorbei und beteilige Dich!

Kontakt: [aufstehen-hamburg-agr@gmx.de](mailto:aufstehen-hamburg-agr@gmx.de)  
Mehr Infos: [www.facebook.com/AgRHamburg](http://www.facebook.com/AgRHamburg)

Die nächsten Termine von »Aufstehen gegen Rassismus« Hamburg

**Donnerstag, 9. März:** 8. Aktiventreffen im Dock Europe

**11./12. März:** bundesweite Aktivenkonferenz: Aufstehen gegen Rassismus! – Gemeinsam gegen die AfD

**Dienstag, 28. März:** 9. Aktiventreffen im Dock Europe

**Donnerstag, 9. April:** 10. Aktiventreffen im Dock Europe

**22./23. April:** Bundesparteitag der AfD in Köln

**Dienstag, 25. April:** 11. Aktiventreffen im Dock Europe

Erfreulicherweise findet eine solche Ausgrenzungsstrategie in den Bundesländern und in den Städten, in denen sich in den letzten Jahren in großer Zahl Bündnisse gegen rechts gebildet haben, wenig Anklang, denn nicht selten sind dort – wie bei uns in Hamburg-Bergedorf – die Rathausparteien SPD, CDU, FDP, Grüne und Linke mit der VVN-BdA gemeinsam vertreten.

### Fatales Signal

Hier möchte ich auch ausdrücklich die vor zehn Jahren gestartete Kampagne der VVN-BdA zum leider nun erneut gescheiterten NPD-Verbot nennen. Jenseits aller berechtigten juristischen Bedenken hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil, das sich auf die fatale Einschätzung stützt, die NPD sei zu schwach, als dass von ihr eine echte Gefahr ausgehen könne, ein fatales Signal ausgesendet, das den rechten Rand ermutigen wird. Dass der thüringische Landesvorsitzende der AfD genau am Abend des gleichen

befreien zu müssen, um einen neuen Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus den Weg zu bereiten.

### Größte Herausforderungen

Ich denke, dass in den vor uns liegenden Zeiten der entschlossene Kampf gegen das Vergessen noch notwendiger werden wird. Hier brauchen wir, hier brauchen die demokratischen Kräfte die VVN-BdA an ihrer Seite. Als vor noch gar nicht so langer Zeit viele die 2013 gegründete Partei »Alternative für Deutschland« für eine lediglich gegen eine verfehlte europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik aufgehende Bewegung von Hamburger Wirtschaftsprofessoren und anderen neoliberalen Kräften hielten, gaben die VVN-BdA im Verbund mit dem Hamburger Bündnis gegen Rechts, der dgb-Jugend Nord, der ver.di-Jugend, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und mit Unterstützung durch den AstA der Universität Hamburg die Dokumentation zur



Foto: Gert Krützfeld

... sowie Erich Schaffner und Erika Krapp

Kritik der AfD »Rechtspopulismus ist keine Alternative!« heraus. Diejenigen, die dies für Alarmismus hielten, sehen sich nun eines besseren belehrt.

Der Rechtspopulismus ist heute zweifellos die größte Herausforderung, vor der wir stehen, nicht nur bei uns, sondern in vielen Staaten, in denen große Bevölkerungsteile meinen, sich von den Problemen weltweiter Gerechtigkeit abschotten und ihren vermeintlichen oder tatsächlichen Reichtum vor den globalen Herausforderungen verteidigen zu müssen. Das Problem sind dabei nicht nur die rechtspopulistischen Parteien, darauf weisen Conny Kerth und Axel Holz in ihrem Papier »70 Jahre nach ihrer Gründung ist die VVN-BdA nötiger denn je!« zu Recht hin, sondern Erosionsgefahren in der Mitte, Gewichtsverschiebungen in der ganzen Breite sozusagen. Man gräbt den Populisten nicht das Wasser ab, in dem man ihre Forderungen aufnimmt. Wir brauchen einen klaren Damm gegen menschenrechtsfeindliches Denken. Denn, und da hat die VVN-BdA völlig recht, »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.«

## Hamburger VVN-BdA Termine

### 20. April bis 31. Mai: Eimsbüttler Monat des Gedenkens

#### Mi, 8. März, 19 Uhr

Widerständiges Frauenleben – Frauen streiten nach der Befreiung für eine Gesellschaft ohne Hunger, Krieg und Unterdrückung. Veranstaltung zum Internationalen Frauentag über kämpferisches Frauenleben nach 1945.

Ort: Kultur Palast Hamburg, Öjendorfer Weg 30a, Hamburg-Billstedt

#### 10. bis 12. März

Antifaschistische Nordkonferenz Veranstalter: Heideruh e. V., Neofaschismuskommision Küste der VVN-BdA

Ort: Wohn- und Ferienheim Heideruh e. V., Ahornweg 45, 21244 Buchholz i.d.N.

#### So, 26. März, 17 Uhr

Film: »Der Mordfall Oppenhoff« von Hannes Heer, D 1985.

Im März 1945 wurde der von den Amerikanern im befreiten Aachen eingesetzte Bürgermeister Franz Oppenhoff von einem mit Fallschirmen abgesprungenen Werwolf-Kommando ermordet. Rekonstruktion des Falls mit den vier noch lebenden Mördern und anhand von Spielszenen. Ein Stück auch über deutsche Nachkriegsjustiz, die auf Freispruch entschied. Unser Gesprächsgast: Der Filmautor Hannes Heer  
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Kleine Theaterstr. 10

#### So, 9. April, 17 Uhr

Film: »Ich war Neunzehn« von Konrad Wolf, DEFA 1967

Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Kleine Theaterstr. 10

#### Do, 20. April, 18 Uhr

Gedenkfeier für die Kinder vom Bullenhuser Damm

Ort: Turnhalle der Schule am Bullenhuser Damm, Bullenhuser Damm 92, 20539 Hamburg

#### Sa, 22. April, 13 Uhr

»Gedenken am Hölzigtbaum« für die dort erschossenen Opfer der Wehrmachtsjustiz und aktuelle Deserteure. Veranstalterin: Bündnis Hamburger Deserteurdenkmal  
Ort: Haus der Wilden Weiden, Eichberg 63, 22143 Hamburg

#### Mo, 1. Mai

Tag der Arbeit

#### Mi, 3. Mai, 17 Uhr

Internationale Gedenkveranstaltung zum 72. Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung der Konzentrationslager  
Ort: KZ-Gedenkstätte Neuen- gamme, Jean-Dolidier-Weg 75, Hamburg

#### So, 7. Mai, 11 Uhr

Gedenken für die Opfer von Faschismus und Krieg. Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!  
Musik: Chor Hamburger GewerkschafterInnen

Ort: Friedhof Ohlsdorf, am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg, gegenüber »Hamburger Bestattungsforum Ohlsdorf«



#### Mo, 8. Mai

»72 Jahre 8. Mai: Befreiung – was sonst?« Szenischer Spaziergang und Demonstration.

Treffpunkt in Hamburg-St. Pauli (der genaue Ort und Beginn stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest, also achtet auf Ankündigungen)

#### Mi, 10. Mai, 11 bis 18 Uhr

Mai 1933 – Zuerst brannten die Bücher... Verboten – verbrannt – vergessen? Hamburg liest gegen das Vergessen.

Veranstalterin: Arbeitskreis »Bücherverbrennung – nie wieder!«  
Ort: Platz der Bücherverbrennung, Kaiser-Friedrich-Ufer/Bundesstraße auf der Wiese, Ecke Heymannstraße am Isebekkanal

V.i.s.d.P. dieser Seite: Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: [vvn-bda.hh@t-online.de](mailto:vvn-bda.hh@t-online.de)

Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA! Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HASPA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HASPDEHHXXX

Eine musikalische Erinnerung zum Holocaust-Gedenktag in Kassel

# Und weil der Mensch ein Mensch ist

Unter dem Motto des Einheitsfrontliedes von Brecht/Eisler kamen am 29. Januar ca. 80 Personen zu einem Gedenkkonzert der Gruppe »Grenzgänger«, zu dem die VVN Kassel und das Kasseler Friedensforum eingeladen hatten. Gedenken heißt: wider das Vergessen ankämpfen.



Grenzgänger mit Publikum Foto: Tim Wettlaufer

Diesem Anspruch wurde die Gruppe mehr als gerecht. Die Musikgruppe machte gleich zu Beginn deutlich, dass es ihr darum geht, alle Menschen, die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geworden sind und Widerstand geleistet haben, in das Gedenken einzubeziehen. Die Auswahl der Lieder, die Arrangements, aber auch die Erläuterungen von Michael Zachcial vermittelten einen tiefen Eindruck von dem Mut, der Ausdauer, der Kraft und dem Zorn derjenigen, die diese Lieder gedichtet und komponiert haben, aber auch von den Lagerinsassen und -insassinnen oder Widerstandsgruppen, die sie gesungen haben.

Die Musiker und eine Musikerin spannten einen Bogen von Liedern, die als Antikriegslieder schon während des Ersten Weltkriegs entstanden waren, bis zu den Liedern aus den Lagern. Wohl kaum einer der Zuhörer wusste z.B., dass das Pfadfinderlied »Schließ Aug und Ohr für eine Weil« das Lieblingslied der Geschwister Scholl war, und zu einem Lied der inneren Emigration der bündischen Jugend geworden war und in NS-Liederbüchern nicht mehr abgedruckt werden durfte. Allerdings wurden handgeschriebene Kopien weitergereicht. Bei manchen Liedern sind die Verfasser bis heute unbekannt, sie sind

nur durch ehemalige Häftlinge übermittelt, so z.B. das Lied »Im Walde von Sachsenhausen«. Mit welcher Kraft und Lebensfreude, ja Lebensfreude!, die Häftlinge trotz allem die Musik für sich in Besitz nahmen, zeigt u.a. die veränderte Fassung des Gassenhauers »Wir zahlen keine Miete« aus dem Film »Ein blonder Traum« von 1932, dessen Liedautoren als Juden verfolgt wurden und 1933 emigrierten. Hier konnte, durfte, musste man als Zuschauer auch schmunzeln. Aber auch bei der Interpretation des Moorsoldatenliedes, den meisten der Besuchern bekannt, wurde von den Musikern die Hoffnung auf Freiheit unter Berufung auf einen ehemaligen Häftling mehr als üblich betont. Der Optimismus und die Kraft wurden mit dem Song »In Erwägung...« aus »Die Tage der Commune« von Brecht/ Eisler noch unterstrichen.

Welche Wirkung die Lieder und deren musikalische Interpretation bei den Zuhörerinnen und Zuhörern hinterließen, zeigte sich auch daran, dass nach dem Vortrag eines jeden Liedes eine kurze Pause der Besinnung entstand, bevor starker Beifall folgte.

Am Ende mussten die vier Musiker der Gruppe »Grenzgänger« – Konzertgitarre, Gitarre, Cello, Akkordeon und natürlich auch Gesang - noch zwei Zugaben geben.

Eine würdige und eindrucksvolle musikalische Form des Gedenkens.

*Erika Wittlinger-Strutynski*

**Redaktion:** P. C. Walther,  
Landesverband der VVN-BdA Hessen,  
Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt  
a. Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

**Wir bitten um Spenden für den Landesverband!**

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen  
Postbank Frankfurt, BIC: PBNKDEFF  
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02

## Berufsverbote- Ausstellung

Bis 21. März in Kassel

Mit der Wanderausstellung »Vergessene Geschichte – Berufsverbote – Politische Verfolgung« macht das »Bündnis Berufsverbote Hessen« auf die Folgen des vor 45 Jahren erlassenen Radikalenerlasses aufmerksam. Die Ausstellung ist vom 1. bis 21. März im Foyer des Kasseler DGB-Hauses, Spohrstr. 6-8 (Mo-Do 8.30-16.30, Fr 8.30-12.00 Uhr) zu sehen. Am 9. und 13. März finden von 17.00 bis 19.00 Uhr begleitende Veranstaltungen statt. Weitere Informationen und Anmeldungen dazu über [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de) oder [w.arte@gmx.de](mailto:w.arte@gmx.de).

Dem Bündnis gehören neben Berufsverbote-Betroffenen die Landesverbände der Gewerkschaften GEW und ver.di, die IG Metall Bezirk Mitte und die Landesvereinigung Hessen der VVN-BdA

## Busfahrt nach Buchenwald

Der Frankfurter DGB und die VVN-BdA ermöglichen am Sonntag, dem 9. April 2017, eine Busfahrt von Frankfurt am Main zu den Gedenkveranstaltungen anlässlich des 82. Jahrestages der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald. Um 10 Uhr findet dort die Veranstaltung zum »Kampf des illegalen antifaschistischen Lagerkomitees für die Rettung der Kinder und Jugendlichen« statt. Um 13.30 Uhr beginnt auf dem Appellplatz das Gedenken des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora zur Errichtung des Konzentrationslagers im Jahre 1937.

Abfahrt mit dem Bus ist am 9. April um 6.00 Uhr vor dem DGB-Haus in Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77. Rückkehr wird gegen 21.00 Uhr sein. Anmeldungen per E-Mail an: [alexander.wagner@dgb.de](mailto:alexander.wagner@dgb.de)

»antifa-Erzählcafé« am 23. März im DGB-Gewerkschaftshaus:

## Fritz Schuhmann – der Spanienkämpfer

Fritz Schuhmann aus Frankfurt-Höchst gehörte zu den jungen Menschen, die in den Jahren 1936 bis 1939, aus der ganzen Welt kommend, nach Spanien gingen, um in den Internationalen Brigaden gegen den Franco-Faschismus und für die Freiheit Spaniens zu kämpfen.

In diesem Jahr wird erneut an den Beginn des spanischen Bürgerkrieges vor nunmehr 81 Jahren erinnert,

an den Staatsstreich gegen die frei gewählte republikanische Regierung, einen blutigen Staatsstreich, der mit Hilfe der faschistischen Regierung in Deutschland und Italien erfolgte und Spanien in eine lange Zeit der Unterdrückung und Dunkelheit stürzte.

Wer war Fritz Schuhmann? Wie lebte er? Warum wurde er zum Spanienkämpfer? Darüber wird Mario Gesiarz, ein Verwandter, mit einem

Bildervortrag erzählen, musikalisch umrahmt mit Liedern aus dem spanischen Bürgerkrieg von Erich Schaffner, in der nächsten Veranstaltung des »antifa-Erzählcafés« der Frankfurter VVN-BdA, diesmal in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter DGB, am Donnerstag, dem 23. April 2017, um 18.30 Uhr, im Frankfurter DGB-Gewerkschaftshaus, Saal A, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77.

70 Jahre VVN und Landesversammlung Hessen in der Gießener Kongresshalle

# Beachtliche Aufwartung bei der hessischen VVN

In der Gießener Kongresshalle feierte die hessische VVN am 18. Februar ihren 70. Geburtstag, verbunden mit der fälligen Landesmitgliederversammlung. Mit Grußreden gratulierten die Landesvorsitzende des DGB, Gabriele Kailing, der Landesvorsitzende der Linkspartei, Jan Schalauske, die Landesvorsitzende der Grünen, Daniela Wagner, in Vertretung des SPD-Landesvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel aus der SPD-Landtagsfraktion Ernst-Ewald Roth, der Vorsitzende des Landes-Ausländerbeirats, Enis Gülegen, sowie Michael Beltz vom Vorstand der Gießener DKP. Alle betonten in ihren Ansprachen die Bedeutung der VVN; ihre Aktivitäten seien heute wichtiger denn je.

Die DGB-Vorsitzende verwies auf den gewerkschaftlichen Kampf für bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse, auch um Rechtspopulisten den Boden zu entziehen.

Linken-Vorsitzender Jan Schalauske erinnerte an jüngste gemeinsame Aktionen zur Thematisierung der Berufsverbote und bei der Verteidigung der antifaschistischen Grundsätze der hessischen Verfassung.

SPD-Sprecher Ernst-Ewald Roth erinnerte sich seiner Begegnungen als junger Theologe mit dem seinerzeitigen Wiesbadener SPD-Oberbürgermeister Georg Buch, der zu den Mitgründern der hessischen VVN gehörte. Buch hatte die VVN-Mitgliedskarte Nummer 4, wie in der Ausstellung der Porträts von VVN-Gründerinnen und -Gründern zu sehen ist. Diese in der Gießener Kongresshalle erstmals präsentierte

Ausstellung war ein Highlight der Veranstaltung und fand bei den Besuchern großes Interesse.

Ihre Aufwartung als Gastteilnehmer

tagspause. Dort standen dann der Tätigkeits- und der Kassenbericht, die Neuwahl des Landessprecher/innen-Rates und der Kommissionen

sehen lassen können. Das betraf vor allem die beständige Mitwirkung an antifaschistischen Projekten und Aktionen wie auch die eigenen Veranstaltungen. Mit dem Kassenbericht wurde zugleich eindringlich auf die notwendige finanzielle Grundlage der politischen Arbeit hingewiesen. Die Aufgaben und Arbeitsfelder der hessischen VVN-BdA wurden nochmals deutlich bei der Behandlung der Anträge (siehe die gesonderte Übersicht).

Der Tag in der Gießener Kongresshalle war für alle rund sechzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein wirklich »runder« Tag an Erfahrungen, Begegnungen und Erlebnissen.

Mehr als ein Dutzend waren als Zuhörer und Zuhörerinnen aus dem Raum Gießen gekommen. Einige von ihnen nutzten am Nachmittag das Angebot einer

»Stammtischkämpfer«-Ausbildung in einem anderen Raum der Kongresshalle. Am Tag nach der Versammlung kam es bereits zu zwei Beitritten zur VVN-BdA.

**P.C. Walther**



**Der neugewählte Landesvorstand (Sprecher/innen-Rat) der VVN-BdA Hessen – mit weiblicher Mehrheit. Von links nach rechts (1. Stuhlreihe): Cornelia Roch, Monika Kanzler-Sackreuther, Barbara Leissing, (2. Reihe): Norbert Birkwald, Dieter Bahndorf, Peter Christian Walther, Rosi Steffens, Anne Kahn, Horst Koch-Panzner, (nicht im Bild): Silvia Gingold. Foto: Martina Lennartz**

der Landesversammlung machten ebenso Gabi Prein und Peter Ripken vom Studienkreis Deutscher Widerstand; Uwe Hartwig, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Auschwitz; Malte Clausen vom Landesverband der Sinti und Roma; Bruni Frey Eisen von der Gingold-Erinnerungsinitiative sowie Mathias Körner und Arne Beppler vom DGB Mittelhessen.

Einen informativen Rückblick auf die Anfänge der VVN und wertvolle Hinweise auf die Aufgaben der VVN in der Gegenwart und Zukunft gab Bundessprecher Dr. Ulrich Schneider. Sein Referat war zugleich ein Überleiten zum förmlichen Teil der Landesversammlung nach der Mit-

sowie die Beratung der vorliegenden Anträge auf der Tagesordnung.

Der Tätigkeitsbericht ließ erkennen, dass die Aktivitäten der VVN in den Städten und Kreisen Hessens trotz personeller Engpässe sich

## Die Beschluss-Themen

Nach eingehender Diskussion forderte die Landesversammlung alle Teile der hessischen VVN-BdA zur Mitgliedergewinnung auf, für die »vor Ort vielfältige Anstrengungen« unternommen werden sollen.

- Die weiteren meist einstimmig beschlossenen Anträge fordern auf
- zur Verteidigung der hessischen Verfassung, die von neoliberalen und konservativen Kräften »entstaubt« und dabei ihrer antifaschistischen Inhalte beraubt werden soll;
  - zur Rehabilitierung, Wiedergutmachung und Aufarbeitung der Folgen der in den 70er Jahren praktizierten Berufsverbote;
  - zum Kampf gegen die Aufrüstung und Militarisierung der Innen-, Außen- und Militärpolitik;

- zu gemeinsamen und dauerhaften Aktionen gegen Rassismus und Rechtsextremismus;
- zur Fortsetzung des Kampfes gegen Neofaschismus insbesondere wegen des Nichtverbots der NPD;
- zur Auseinandersetzung und Zurückweisung der Angriffe auf die VVN-BdA durch den Inlandsgeheimdienst »Verfassungsschutz«.

Der Wortlaut der Beschlüsse erscheint in Kürze auf der Webseite der hessischen VVN-BdA ([www.hessen.vvn-bda.de](http://www.hessen.vvn-bda.de)) und wird auch in einer Broschüre über die Landesversammlung und 70 Jahre VVN Hessen veröffentlicht.

### Gewählt wurden von der Landesmitgliederversammlung am 18. Februar 2017 in Gießen

- in den Landes-Sprecher/innen-Rat (Landesvorstand): siehe Bildunterschrift oben;
- als Landeskassiererin: Monika Kanzler-Sackreuther;
- zur Vertretung des Landesverbandes im Bundesausschuss: Rosi Steffens (Stellvertreter: Dieter Bahndorf und Horst Koch-Panzner);
- die Revisorin/der Revisor: Otti Altmann, Jan Stemme;
- als Beschwerdekommision: Bruni Frey Eisen, Cornelia Hechler-Birkwald.

Hannover, 27. Januar 2017 – Ein denkwürdiger Tag

# Letzte Zeitzeugen berichten

In drei herausragenden Veranstaltungen wurde in diesem Jahr der nun schon traditionelle Gedenktag für die Opfer des rassistischen Völkermordes der deutschen Faschisten begangen. So unterschiedlich der Rahmen war, so eindrucksvoll war doch jeweils das Engagement der Beteiligten!

Die Gedenkstätte Ahlem ist die zentrale Gedenkstätte in der Region Hannover, in der am Ort der ehemaligen Israelitischen Gartenbauschule in Hannover Ahlem jedes Jahr eine Gedenkstunde stattfindet. In diesem Jahr übernahmen Schülerinnen und Schüler einer 12. Klasse der Sophienschule in Hannover die Moderation und boten drei eindrucksvolle musikalische Solobeiträge und eine szenische Lesung durch eine Vortragsgruppe. Ein Redebeitrag reflektierte die Beziehung dieser Generation zu den Opfern und letzten Überlebenden. Anwesend waren die beiden Überlebenden von Auschwitz, Salomon Finkelstein und Henry Korman, und unser Ehrenmitglied, die Zeitzeugin Ruth Gröne. Die Stellvertreterin des Regionspräsidenten, Doris



Gedenken am Mahnmal für das KZ Ahlem: Beitrag der Heisterbergschule

Klawunde, und der Bürgermeister der Landeshauptstadt, Thomas Hermann, sprachen Grußworte. Danach wurden Kränze und Gebinde an der Mauer mit den Namen der Opfer niedergelegt.

Am Gedenkort Mahnmal für das KZ Ahlem – von Anfang an durch den Namen Kurt Baumgarte mit unserer Kreisvereinigung verbunden – findet das Gedenken in Form eines ökumenischen Gottesdienstes der beiden

örtlichen Kirchengemeinden statt. Die Liberale Jüdische Gemeinde Hannover war durch Kantor Assaf Levitin vertreten. Wesentlich zu den Feiern trugen Schülerinnen und Schüler der benachbarten Heisterbergschule bei, die vor Jahren die Patenschaft für das Mahnmal übernommen hat. Sie trugen wieder mehrere gut ausgewählte Texte vor, die in der AG »Öffentlichkeitsarbeit« der Schule erarbeitet worden waren.

Der Förderverein der Gedenkstätte Ahlem beschloss diesen Tag mit einer Veranstaltung im Kulturzentrum Pavillon. Dabei kamen Überlebende aus Auschwitz auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlichen Medien zu Wort: Salomon Finkelstein persönlich im Gespräch mit Martin Schulze, Journalist und Schauspieler, Esther Bejarano mit Filmaufzeichnungen aus einem Konzert in Hannover, Wanda Pranden und Else Baker in



Nach Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht, dass unser Kamerad Hans-Jürgen Hermel am 14. Februar im Alter von 81 Jahren verstorben ist. Für unsere Vereinigung wie für die gesamte Geschichtsarbeit in Hannover stellt dies einen unersetzlichen Verlust dar! Wir werden seine Arbeit in der nächsten Ausgabe ausführlich würdigen. rwk

einem Film-Interview und Lily van Angeren-Franz in einem Kurzfilm. Produzentin der Filmbeiträge ist die Firma memo-media-production, die unser Mitglied Hans-Jürgen Hermel mit seinem Sohn Shoun betreibt. Die Schriftstellerin Corinna Lüttke trug Texte zum Thema vor und berichtete über Henry Korman, der leider an dem Abend verhindert war. Die Schauspielerinnen Hanna Legatis führte durch das Programm.

R. Weismann-Kieser

## Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee Würdige Erinnerung in Wolfsburg

In Erinnerung an die Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee legten am 27. Januar Vertreterinnen und Vertreter von Politik und gesellschaftlichen Initiativen, darunter die VVN-BdA Wolfsburg, am Mahnmal der Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus Kränze und Gebinde nieder.

Gestaltet wurde die Gedenkveranstaltung wieder von Schülerinnen und Schülern des 10. Jahrgangs der Integrierten Gesamtschule Westhagen. Die Jugendlichen erinnerten an die Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, die in die damalige KdF-Stadt verschleppt worden waren. Sie schlugen auch den Bogen zu heute: »In den Wahlerfolgen der AfD auch hier Wolfsburg zeigt sich, dass es heute Teile der Gesellschaft gibt, bei denen die Stimmungsmache gegen Fremde verfängt«, hieß es in einem Beitrag. »Sie würden die Flüchtlinge am liebsten weghaben. Aber Flüchtlinge, das sind in erster Linie Menschen, die ein Recht auf Würde haben.« Dagegen müssten

alle Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen. Deswegen seien die Gedenkveranstaltungen richtig und wichtig.

Bereits am Vorabend war in einer szenischen Lesung an das Künstlerhepaar Felka Platek und Felix Nussbaum erinnert worden, beide wurden in Auschwitz ermordet. Etwa 300 Menschen waren zu tiefst von der Lesung der beiden Künstler Eva-Maria Kurz und Gerd Grasse beeindruckt, die aus 40 fiktiven Tagebuchaufzeichnungen des Schriftstellers Christoph Heubner besteht. Die Lesung wurde begleitet von einer Präsentation Wolfsburger Initiativen, so auch der VVN-BdA, die über ihre Aktivitäten des Gedenkens informierten. Alfred Hartung

## Roma- und Sinti-Gedenken in Oldenburg Antifaschisten müssen gemeinsam kämpfen!

Am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee, wird in Oldenburg in guter antifaschistischer Tradition der 74 Roma und Sinti gedacht, die von Oldenburg ins KZ Auschwitz deportiert wurden, aber natürlich auch aller anderen Opfer der Naziherrschaft.

Es gibt einen Gedenkstein gegenüber dem Oldenburger Polizeihauptvier, denn auf dem damals noch nicht bebauten Platz wurden die Roma und Sinti zur Deportation zusammengetrieben. Leider war die Gedenkkundgebung in diesem Jahr schlechter besucht als sonst. Unter anderem sprach die Zweite Bürgermeisterin und legte einen Kranz nieder. Wir zwei VVN-BdA-Mitglieder legten weiße Rosen nieder, die wir in einen VVN-BdA-Wimpel wickelten. Christel Schwarz, Vorsitzender des Freundeskreises für Sinti und

Roma e. V. in Oldenburg, dankte in seiner Rede ganz ausdrücklich der Roten Armee für ihre Befreiung! Er schlug dann den Bogen zur heutigen Situation und sagte, dass jetzt, wo die faschistoiden Reden und Taten in dieser Gesellschaft wieder zunehmen, viele verschiedene antifaschistische Spektren (darunter der Freundeskreis für Sinti und Roma) gemeinsam dagegen kämpfen müssten. Diesen Worten kann ich mich nur anschließen!

Ruth, Mitglied der Initiative zur Gründung einer neuen Kreisvereinigung der VVN-BdA in Oldenburg-Friesland

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an [mtb-niedersachsen@vvn-bda.de](mailto:mtb-niedersachsen@vvn-bda.de) VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: [niedersachsen@vvn-bda.de](mailto:niedersachsen@vvn-bda.de).  
Redaktion: Michael Rose-Gille  
Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.

## 20. Antifaschistische Sozialkonferenz am 4. Februar in Hannover

# Herausforderung Rechtspopulismus

**Der Beginn und die Einleitung des Endes der Nazibarbarei – markiert durch die Machtübertragung 1933 an die Deutschen Faschisten und die Befreiung von Auschwitz 1945 durch die Rote Armee – als Gedenktage zwingen zur Auseinandersetzung mit dem, was sich in unserer Gesellschaft an Rassismus, Faschismus, Neofaschismus und Rechtspopulismus erhalten hat und neu entwickelt!**

Aus dieser Einsicht heraus hat ein wachsender und im Kern stabiler Kreis von gewerkschaftlichen und anderen antifaschistischen Organisationen wieder erfolgreich diese Konferenz in Hannover ausgerichtet. Als Forum, das Analysen mit Diskussionen über das praktische politische Vorgehen verbindet, hat sie sich über die Jahre eine überregionale Ausstrahlung erworben.

Das bestimmende Thema in diesem Jahr war der Aufstieg rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien und Bewegungen in Europa und in ihrem Gefolge die raschen Wahlerfolge der AfD in Deutschland. Analytisch ging es dabei um Struktur und Programmatik dieser Partei und der sie tragenden politischen Strömungen, besonders um ihre Verbindungen zur offenen neofaschistischen Szene. In drei Arbeitsgruppen wurde dann praktisch erörtert, wie ihnen im parlamentarischen, alltäglichen und betrieblichen Umfeld entgegenzutreten werden kann.

### Strategien der AfD

Eingeleitet wurde die Konferenz am Freitag, den 3. Februar, durch ein Referat von Ralf Beduhn (Kommission »Courage gegen rechts«). Er stellte den »marktförmigen Extremismus der AfD« unter der Überschrift »Reichenförderung statt Armutsbekämpfung« dar. Demnach sind Kernpunkte der AfD-Programmatik u. a. die allgemeine Denunziation des Umweltschutzes als Programm der »Deindustrialisierung« sowie ein steuerpolitisches »Stufenmodell«, das verschärfte öffentliche Armut und damit weiteren Sozialabbau zur Folge hätte. Weiterhin verfolge die AfD ein Programm des »schlanken Staats« mit entsprechenden Privatisierungen. Der Referent warnte davor, dass Versprechen auf »mehr soziale Gerechtigkeit«, wie sie derzeit von der Sozialdemokratie gegeben würden, verhängnisvolle Folgen hätten, wenn sie denn nicht eingelöst werden würden.

Am zweiten Tag referierte der Journalist Julian Feldman zu »Stand und Position der AfD und anderer rechter Parteien in Niedersachsen.



Ausstellung »Neofaschismus in Niedersachsen«

Vernetzung zur Naziszene«. Ursprünglich »Stammland der NPD«, brachte es die Partei zuletzt insgesamt nur auf 17 Kommunalmandate in Niedersachsen. Andere Parteien (»Die Rechte« und »Der dritte Weg«) seien derzeit nur von lokaler Bedeutung, könnten aber die AfD »beerben«, falls sie scheitern sollte. In der AfD machte er zwei Hauptströmungen, den konservativen und den völkisch-nationalen Flügel, aus. In der Diskussion wurde jedoch darauf hingewiesen, dass noch die marktradikale und die christlich-fundamentalistische Strömung zu unterscheiden seien.

Sehr erfrischend war das folgende Referat der sächsischen Landtagsabgeordneten, unserer Kameradin Kerstin Köditz. In ihrem Referat »Aus Wahlen etwas gelernt?« fragte sie nach dem Umgang der politischen Parteien und Medien im Umgang mit der AfD und anderen rechten Parteien im Vorfeld der kommenden Bundestagswahl. Sie schilderte anschaulich, wie die AfD-Fraktion in Sachsen nach dem Ausscheiden der NPD zunächst mit gemäßigtem

Auftreten versuchte, sich parlamentarische Akzeptanz zu verschaffen, um sich dann nach und nach zu radikalisieren, gleichzeitig aber alle Ausgrenzungsversuche lautstark zu beklagen. Eine konsequente Ablehnung ihrer Anträge werde dadurch schwer gemacht, dass sie geschickt versuche, sinnvolle Forderungen zu übernehmen, was dann auf Unverständnis und Proteste von Betroffenen

führe. Sie rechnete vor, dass die bisher 142 Landtags- und Europa-Abgeordnetenmandate zuzüglich den kommunalen Mandaten 500 bezahlte Stellen geschaffen hätten. Damit wenige Themen zu besetzen, verschaffe ihnen maximale öffentliche Aufmerksamkeit. Dazu käme stete Präsenz zu allen gesellschaftlichen Anlässen.

### Möglichkeiten zur Gegenwehr

Am Nachmittag wurde in drei Arbeitsgruppen gearbeitet:

Henriette Quade, MdL aus Sachsen-Anhalt, referierte zunächst über ihre Erfahrungen mit der AfD im dortigen Landtag: Eng mit dem rechten Rand verweben, verfolge die Fraktion einen aggressiven Stil der persönlichen Auseinandersetzung mit permanenten Zwischenrufen, konstruktive Arbeit sei nicht erkennbar. Hauptthemen seien Islam, »Linksextremismus«, Flüchtlingskosten, innere Sicherheit etc. Sie versuche, ein Katastrophenklima zu

beschwören. Hier wie auch in anderen Parlamenten wurde die Frage aufgeworfen, ob eine gemeinsame Front der anderen »demokratischen« Fraktionen gegen die AfD möglich sei.

Samuel Singer (Netzwerk Demokratie und Courage e. V.) ging der Frage nach, wie im Alltag rassistischer Hetze begegnet werden kann. Durch die Arbeit in Rollenspielen wurde deutlich, dass manchmal schon eine einfache Gegenfrage genügt, um eine aggressive Position zu schwächen. Entschieden müsse allerdings auch werden, ob und wann eine Diskussion überhaupt sinnvoll sei.

Ingo Artl (IG Metall Hannover) stellte mit zwei Betriebsräten und zwei weiteren Kollegen die Probleme am Arbeitsplatz dar. Deutlich wurde dabei,



Kerstin Köditz

wie konkret der Druck von Rationalisierung, Prekarisierung und Leiharbeit zerstörend auf die kollegiale Solidarität wirkt. Daraus erklärt sich wohl auch, dass der Anteil der AfD-Wähler unter den organisierten Kollegen nicht geringer ist als unter den nichtorganisierten.

Selbst Kollegen, die anderer Ansicht seien, wären oft nicht bereit, fremdenfeindlichen »Pausengesprächen« entgegenzutreten. Die Frage, warum so viele Kollegen (Verzeihung, es sind ja vorwiegend Männer ...) zu einer Partei neigen, deren Programm so offensichtlich ihren Interessen widerspricht, konnte nicht abschließend geklärt werden. Sie bediene offensichtlich einen emotionalen Protest, der mit reiner Aufklärung über Widersprüche zu diesem Programm nicht aufgefangen werden könne.

Insgesamt nahmen an der Konferenz rund 100 Menschen teil. Unsere Vereinigung war mit der Ausstellung »Neofaschismus in Niedersachsen« vertreten. Sie stieß erneut auf großes Interesse.

Reinhold Weismann-Kieser

## Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Nordrhein-Westfalen **Antworten auf eine rechte Kulturrevolution**

Der Referent Richard Gebhardt, Autor und Politischer Bildner aus Köln, schildert die Partei nun als eine des Protestes gegen Missstände und der »Revolution des gesunden Menschenverstandes« (»das wird man doch mal sagen dürfen«; »Schluss mit der politischen Korrektheit«) gegen die kulturell-marxistischen »Bewusstseinsveränderer« seit 1968. Wir befänden uns im Kulturkampf und nicht nur im Klassenkampf. Gegen ihre Klasseninteressen positionierten sich viele Arbeiter, so jene 36 Prozent Arbeiter, die in Sachsen-Anhalt die AfD wählten. Die AfD ziehe dann auch mit Transparenten vor DGB-Veranstaltungen auf: »Gewerkschafter, kommt zu uns, die Arbeiter sind schon da«. Die VVN-BdA als enge Partnerin der Gewerkschaften sollte helfen, mittels politischer Bildungsarbeit die Gewerkschaftsmitglieder zu erreichen und gegen rechts zu immunisieren. Dazu reichten Straßendemonstrationen nicht aus. Und dazu reiche auch nicht, den Protest allein auf die AfD zu richten, sondern auch die Rechtsentwicklung der Unionsparteien, manifestiert im Pro-Erdogan-Deal gegen die Flüchtlinge, in den Blick zu nehmen.

### Die AfD muss gestoppt werden

Auch Jochen Vogler, Landessprecher, betonte in seinem Geschäftsbericht: »Die AfD gibt den Ton an, die gesellschaftliche Stimmung nach rechts zu verschieben. Es ist dringend notwendig, ihren Vormarsch zu stoppen.« »Aufstehen gegen Rassismus« heiße die sich dem entgegenstellende Kampagne, die unter maßgeblicher Initiative der VVN-BdA angelaufen ist. Das Ziel dieser Kampagne ist die Ausbildung von 10.000 Stamm-tisch-Kämpfern und-kämpferinnen bis zum Bundestagswahlkampf. Also nicht nur Demos, sondern auch Diskurse.

Dazu finden regionale und überregionale Konferenzen und Schulungen statt. Am Wochenende 10. und 11. März wird eine Aktivenkonferenz der

Von den neoliberalen rechten Parteien hat sich die AfD in den letzten drei Jahren – seit die VVN-BdA NRW ihren letzten Landeskongress veranstaltete – noch weiter nach rechts entwickelt, so dass die Parteigründer selbst inzwischen von einer »NPD-light« sprechen. Diese Entwicklung untersuchte die Landesdelegiertenkonferenz der VVN-NRW in Düsseldorf.



Foto: Jochen Vogler

Ortwin Bichhove-Swidorski überbringt die Grüße des ver.di-Landesvorstandes

Kampagne in Bochum stattfinden, wurde angekündigt. Mitte April wird eine massenhafte Aktion gegen die AfD anlässlich ihres Bundesparteitags stattfinden.

### Rechtsruck im Weltmaßstab seit Trump

Die Konferenz appellierte an die Friedensbewegung und die antifaschistischen Kräfte, verstärkt in Aktion zu gehen. Ihre Begründung: »Das Jahr 2017 hatte mit dem Einzug des ultrareaktionären Donald Trump in das Weiße Haus und mit der nun endgültigen Legalisierung der NPD, einer NSDAP-Nachfolgepartei, durch das Bundesverfassungsgericht einen alarmierenden Auftakt gehabt.« Kritik an Trumps Mauerbau werde laut, »wer allerdings wie die Regierenden der EU eine mörderische Kontinentalperre durch das Mittelmeer zieht, dem glauben wir diese Kritik nicht«. Immer deutlicher werde erkennbar: »Mit der Losung, dass nun die EU kampfbereit sein soll, wird ein europäischer Nationalismus unter deutscher Oberhoheit gepriesen.«

Trump's Politik werde zum Vorwand für weitere Hochrüstung und Kriegsberbereitschaft genommen. »Deutschland wird als Anführer Europas gepriesen, es ist mächtig geworden durch eine Exportoffensive, die getragen ist durch eine Umverteilungspolitik im Inneren zugunsten der Reichen. Die unteren Schichten sollen nun noch mehr opfern zugunsten der Rüstung.« Dagegen setzt die VVN-BdA die Losung »Deutsche Großmachtträume platzen lassen! Abrüsten! Gegen alle Rassisten« Und unter dieser Losung ruft sie zum Ostermarsch 2017 und zu den weiteren Friedensaktionen.

### Grußworte von Freunden

Özlem Demirel hielt ein Grußwort für Die Linke, Landesverband NRW. Die Konferenz verabschiedete ein Grußwort an die Demonstration in Oberhausen gegen den für das Präsidialsystem werbenden türkischen Ministerpräsidenten. Ortwin Bichhove-Swidorski verlas ein Grußwort der Ver.di-Landesvorsitzenden Gabi Schmidt. Felix Oekentorp hielt ein Grußwort für die DFG-VK und wies auf die gemeinsame Arbeit in der Vorbereitung der Ostermärsche hin. Für die DKP grüßte Wolfgang Bergmann. Christa Bröcher berichtete über die Arbeit der »Kinder des Widerstandes«, und Klara Tuchscherer

informierte über das Archiv und bat um mehr Mitarbeit.

Nach Diskussionen über den Rechenschaftsbericht und den Kassenbericht erfolgte die Entlastung des Vorstandes. Sodann wurde der neue Geschäftsführende Landesausschuss gewählt. Ihm gehören an:

Falk Mikosch (Düsseldorf), Silvia Rölle (Mülheim) und Jochen Vogler (Wuppertal) als Landessprecher/-sprecherin, Jan Große Nobis (Münster) als Kassierer, darüber hinaus Udo Beitzel (Stolberg), Gisela Blomberg (Düsseldorf), Ulrike Düwel (Velbert), Knut Maßmann (Gelsenkirchen), Doris Michel (Duisburg), Carsten Peters (Münster), Ulli Sander (Dortmund) und Nils Willscheid (Köln).

### Beschlüsse zur künftigen Arbeit

Nach Beendigung der Wahl wurden Anträge diskutiert und Beschlüsse gefasst zu diesen Themen:

- Nach der Ablehnung des NPD-Verbots – Kampf gegen Neofaschismus ist notwendiger denn je
- Auflösung der angeblichen Partei »Die Rechte« gefordert
- Aktualisierung der Programmmatischen Eckpunkte der VVN-BdA NRW
- Kennzeichnung der Tatorte der Industrie 1933-1945 – Recherchen zur verbrecherischen Rolle der Ruhrlade
- Keine Zusammenarbeit mit den Grauen Wölfen – Aufforderung an den Zentralrat der Muslime
- Aufklärung über fast vergessene Massenverbrechen in der Kriegsendphase – Der Todesmarsch von Köln ins Sauerland
- Aufruf zum Mahnwachenprotest vor dem lettischen Generalkonsulat am 15. März in Düsseldorf – Gegen den Aufmarsch der lettischen SS in Riga.

(Wortlaut der Beschlüsse siehe [www.nrw.vvn-bda.de](http://www.nrw.vvn-bda.de)) Ulli Sander/Alice Czyborra



Foto: Jochen Vogler

Özlem Demirel übermittelt das Grußwort der Partei Die Linke



Ministerpräsident Rudolf Amelunxen verkündete das Widerstandsrecht

# Dokument von der Gründung der NRW-VVN in Düsseldorf

In Anwesenheit hoher deutscher und englischer Gäste ergriff auf der Gründungskonferenz der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes auch Ministerpräsident Rudolf Amelunxen (Zentrum) das Wort. Im Verlauf seiner Rede am 26. Oktober 1946 im Düsseldorfer Neuen Theater bezeichnete Ministerpräsident Amelunxen als Grundlage eines neu zu errichtenden deutschen Staates die Toleranz, allerdings mit einer Ausnahme: Keine Freiheit für die Mörder der Freiheit. Er kündigte schließlich die Einführung eines Wiedergutmachungsgesetzes für die Opfer der Verfolgten an. 50.000 von ihnen hatten aus Nordrhein-Westfalen ihre Delegierten nach Düsseldorf entsandt. Auszüge aus seiner Rede:

Meine Damen und Herren! In der neuen französischen Verfassung steht ein Paragraph, der höchste Beachtung verdient. Man könnte ihn revolutionär nennen, wenn dieses Wort nicht abgegriffen wäre. Er besagt in prägnanter Kürze, daß der Widerstand in jeder Form eine geheiligte und gebieterische Pflicht der Bürger ist, wenn eine Regierung die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte und Freiheiten mißachtet. ...

## Die größte Kulturschande: Die Jagd auf Menschen

Sie alle gehören zu den Männern und Frauen, die in den verflochtenen Jahren der Finsternis, da ganz Deutschland ein Zuchthaus war, diese Pflicht erfüllt haben und dafür viel Bitternis erdulden mußten. Sie sind aufrecht den erkannten Weg der Wahrheit und Würde geschritten und haben sich zu dem Grundsatz bekannt: »Es geschehe Gerechtigkeit, mag auch die Welt dabei zugrunde gehen.« ...

In den hinter uns liegenden düsteren Jahren hat niemand das eigene Volk und die Menschheit mehr geliebt als die Verfolgten, Verfemten und Verachteten. Sie haben freiwillig darauf verzichtet, vor der hypnotisierten Umwelt als anständige Menschen und anständige Deutsche zu gelten. Sie ließen sich beschimpfen und verleumdern, weil sie ihrem Gewissen mehr gehorchten als der Gewalt. Weil ihr Gewissen unzweideutig ihnen sagte, daß man einem Verbrecherstaat keinen Gehorsam schuldet, haben sie nach dem Pauluswort bis aufs Blut widerstanden. ... Meine Damen und Herren! Für Ihre Haltung und Ihr Beispiel schuldet das deutsche Volk und ganz Europa Ihnen Dank. ...

Es gibt keine größere Kulturschande als die Jagd auf Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit

zu bestimmten Gemeinschaften. ... Die barbarische Ideologie eines militanten Gruppendenkens, sei es gerichtet gegen Christen oder Juden, Sozialisten, Kommunisten oder Liberalisten, Bibelforscher oder Freimaurer, muß mit Rumpf und Stumpf ausgerottet werden, damit jener blutige Spuk, der die dunkelsten Zeiten des Altertums und Mittelalters in den Schatten stellt, sich nie wiederholen kann.

Man erlebt heute bei manchen Zeitgenossen eine fast unglaubliche Fühllosigkeit und Verhärtung. Die sogenannten Kazettler werden ungern gesehen und als unbequem empfunden. Man lehnt sie vornehm ab als Radikalen oder Extremisten, die ihr Schicksal sich eigentlich selbst durch ihr ewiges Krakeelen zu verdanken hätten. Zu welcher Kategorie von Bürgern diese Zeitgenossen gehören, brauche ich nicht zu wiederholen. Es sind die gleichen Leute, die behaupten, in der Nazizeit sei es dem deutschen Volk besser ergangen, und wenn jemand unter diesem Regime gelitten habe, so sei dies höchstens ein moralisches Leiden gewesen. ... Die Verseifung der Leichen in Auschwitz halten sie für ein Greuelmärchen. Sie nehmen es gleichgültig zur Kenntnis, daß über vierzigtausend Juden aus unserem Land Nordrhein-Westfalen vertrieben und ermordet wurden, daß fünfundzwanzigtausend Westfalen und Rheinländer in Todesmühlen geschleppt und wenigstens zehntausend Kranke dieses Gebietes vergast wurden. Es interessiert sie

nicht, daß allein die vierunddreißig Abgeordneten der KPD unseres Landtages insgesamt einhundert- und dreiundvierzig Jahre in Lagern und Zuchthäusern, in Gestapokellern und Folterkammern eingekäfigt waren, daß in unserem Land mehr als vierhundert Geistliche beider christlichen Kirchen zu Märtyrern wurden.

## Wiederholung des Vergangenen nicht zulassen

All denen, die den Schandtaten und Verbrechen der Vergangenheit das richtige Verständnis noch nicht entgegenbringen, müssen wir mit wachüttelnder Aufklärung und eindeutigen Feststellungen entgegenreten.

Um eine Wiederholung dieser Vergangenheit für immer unmöglich zu machen, werden wir die Kursrich-

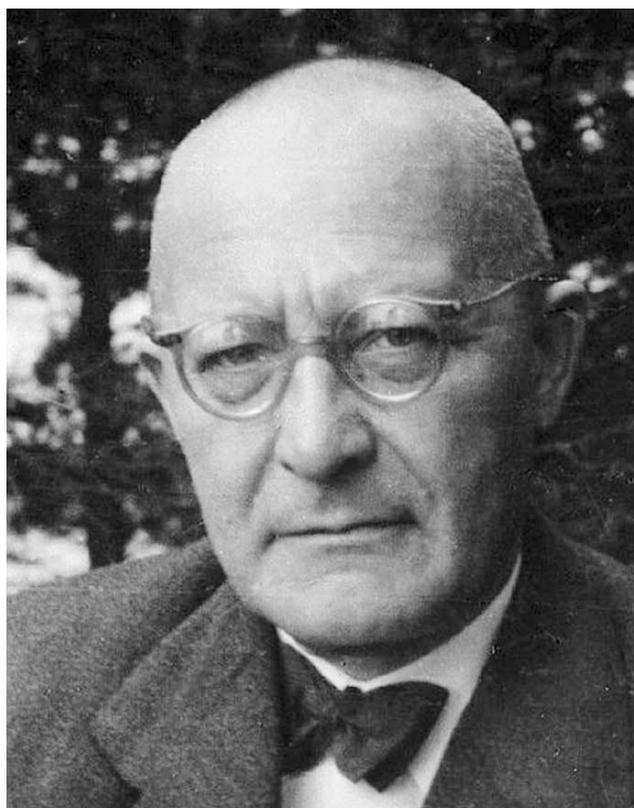
Skepsis ist unerlässlich, wenn wir nicht eines Tages in den totalitären Trommelwirbel zurückschlittern wollen. Eine vernünftige Ordnung des Gemeinschaftslebens ist unmöglich ohne friedliche Übereinkunft und gegenseitige Duldung. Unduldsamkeit, Verhetzung und Haß haben Völker und Staaten vernichtet. In der Ausübung dieser Toleranz darf und muß nur eine einzige Ausnahme gemacht werden, nämlich die, daß es keine Freiheit gibt für die Mörder der Freiheit. Wir kennen diese und werden alles tun, um sie nicht noch einmal zum Zuge kommen zu lassen.

## Keine Toleranz gegenüber den Mördern

Wir betrachten es als die ehrenvollste Aufgabe der menschlichen Gesellschaft, die Schwachen und Wehrlosen zu schützen. Minderheitenterror und Unterdrückungspolitik lehnen wir ab auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und würden solche unerfreulichen Erscheinungen aufschärfste bekämpfen. Wir werden die Irrlehre, daß Gott mit den stärkeren Bataillonen ist, und die These eines Nietzsche, daß man das Fallende noch stoßen soll, abschaffen.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß für Sie das Vergeben leichter sein wird als das Vergessen. In gemeinsamer Arbeit wollen wir versuchen, die großen Aufgaben zu lösen, die uns allen gestellt sind. Ich hoffe und glaube, daß die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes, der seitens der Landesregierung tatkräftige Hilfe zuteil

werden soll, einen wesentlichen Beitrag leisten wird zum demokratischen Aufbau in europäischem Geist, auf daß Deutschland aus seiner nationalistischen Verirrung zurückkehrt zu jener weltweiten Wahrheit, die allein uns freimachen kann: »Willst du den Frieden, so schütze die Gerechtigkeit.«



Ministerpräsident Rudolf Amelunxen (1888-1969)

Foto: Archiv VVN-NRW

tung unseres neuen Volksstaates in eindeutiger Weise festlegen. Toleranz ist eines der wichtigsten Merkmale einer humanen Demokratie. Es gibt in ihr keine indifferenten Voraussetzungslosigkeiten und keine fanatischen Kompromißlosigkeiten. Der sokratische Geist einer aufbauenden Kritik und gesunden